STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19190803MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M 4,—, vierteljährlich M 12,— frei ins Haus. Kreuzbandsend. monatl. M 6.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg.
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 10 ₰, abends 15 ₰.

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 90 ₰, zuzüglich 33⅓ vHt. Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 80 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 354. Sonntag, den 3. August 1919. – Morgen-Ausgabe. 33. Jahrgang.

Rupprecht von Bayern will sich nicht ausliefern lassen.

WTB. München, 2. August.

Die „Münchener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Schreiben, das der ehemalige Kronprinz Rupprecht von Bayern an den Präsidenten des Reichstages richtete:

„Herr Präsident! Bis zur Stunde wartete ich auf das Einsetzen eines deutschen Staatsgerichtshofes, der die Verantwortung aller Führer des deutschen Volkes für die politische Leitung der letzten Jahre und für die militärpolitischen Führer während des Krieges feststellt. Durch die Bildung eines solchen deutschen Staatsgerichtshofes wäre die Gemeinsamkeit der Verantwortung für alle deutschen Stämme und damit die innere Geschlossenheit in der Erfassung des einheitlichen Schicksals aufs neue festgelegt worden. Es ist nun nicht zu einem Akte der klaren Betonung einer solchen Volkssouveränität gekommen. Die deutsche Regierung hat sich in der traurigen Zwangslage gesehen, gemäß des Friedensvertrages die Auslieferung aller jener Personen an die feindlichen Mächte zuzugestehen, die von diesen angeklagt sind, Handlungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben. Ich bin mir solcher Handlungen nicht bewußt. Sollte dennoch meine Auslieferung begehrt werden, lege ich hiermit feierlichst Verwahrung ein, ein Gericht anzuerkennen, in dem der Kläger zugleich Richter ist, und welches in Wirklichkeit als Instrument der Befriedigung des Rachebedürfnisses dient oder zur Ostentation einer angeblich reinen Kriegsmoral unserer bisherigen Gegner. Diese Friedensbedingung verletzt das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Staates in einem wesentlichen Punkt, ein Beweis, daß wieder einmal die mit Machtüberlegenheit gegebene Möglichkeit, schwache Völker zu vergewaltigen, über eine internationale Rechtsidee gesiegt hat; denn ohne klaren Willen und zähes Festhalten an dem internationalen Selbstbestimmungsrecht in jedem Volke ist die Verwirklichung einer sittlichen, auf Recht und nicht auf Gewalt begründeten Weltordnung und damit die so erstrebenswerte Versöhnung der Völker undenkbar. Die Sieger haben damit bekundet, daß sie nicht die Träger dieser sittlichen Idee sein wollen, sondern Vollstrecker plutokratischer Weltgewalt. Ich beuge mich nicht freiwillig einer solchen Tyrannei und werde unter keinen Umständen der Aufforderung, vor einem außerdeutschen Staatsgerichtshof Rede und Antwort zu stehen, gutwillig Folge leisten. Aber ich erkläre hiermit feierlich: Nachdem meine Erwartung auf Einsetzung eines deutschen Staatsgerichtshofes nicht mehr erfüllbar ist, bin ich bereit, mich dem bayerischen Volke vor einem bayerischen Staatsgerichtshof zu stellen, weil die Wahrung des vollen Selbstbestimmungsrechtes und der damit verbundenen Souveränität des bayerischen Volkes mir am Herzen liegt. Darum, Herr Präsident, überantworte ich mich hiermit dem bayerischen Landtage als derzeitigen einzigen Träger bayerischer Staatshoheit. Sollte der bayerische Landtag für den Fall, daß meine Auslieferung an den interalliierten Gerichtshof verlangt wird, solchem Verlangen Rechnung tragen, so werde ich mich diesem Bescheide fügen, und ich bin dann wenigstens der Verantwortung enthoben, durch mein persönliches Verhalten zur Mißachtung der Souveränität des bayerischen Volkes beigetragen zu haben.“

Die Bemerkung über die Einsetzung eines deutschen Staatsgerichtshofes ist sehr unklar. Bekanntlich ist der Gesetzentwurf über einen solchen Gerichtshof bereits in der Kommission in Vorberatung und kommt in den nächsten Tagen an das Plenum der Nationalversammlung. Sollte der ehemalige Kronprinz mit seiner getäuschten Erwartung aber meinen, daß er einen anderen Staatsgerichtshof wünscht, als den vorbereiteten, so dürfte er sich eines besseren belehren lassen müssen. Für die ehemalige bayerische Hoheit kann natürlich keine Extrawurst gebraten werden.

Die Internationale und die deutsche Sozialdemokratie.

Die bürgerliche Presse Frankreichs greift die Delegierten, welche die Verbandsstaaten auf dem Amsterdamer Gewerkschaftskongreß vertreten, heftig an, weil sie sich mit der von Sassenbach im Namen der deutschen Gewerkschaften vorgelegten Erklärung zufrieden gegeben hätten. Sassenbachs Erklärung nennt der „Petit Parisien“ eine Heuchelei. In Wahrheit wollten die deutschen Sozialdemokraten ihre Schuld noch nicht eingestehen. Das „Journal de debats“ meint, die Konferenz wolle unter allen Umständen die Zukunft der Internationale sichern und habe sich darum mit dem geringen Kompromiß begnügt. Die Delegierten der Verbandsstaaten müßten sich aber ernstlich überlegen, ob sie diese Politik fortsetzen wollten. In der „Humanité“ besteht Marcel Cachin nachdrücklich darauf, daß die Frage der Kriegsverantwortlichkeit gelöst werde. Die deutsche Sozialdemokratie müßte jede Solidarität mit der früheren Regierung, deren verbrecherische Haltung durch Erzberger enthüllt sei, ablehnen. Gerade in bezug auf die Frage der künftigen Taktik der internationalen Politik müsse entschieden werden, ob, wie es in Rußland und Ungarn der Fall sei, mit der kapitalistischen Gesellschaft auf einen Schlag aufgeräumt werden solle, oder ob, wie in Wien und Berlin, mit der bürgerlichen Demokratie Kompromisse geschlossen werden sollen. Freilich habe sich weder die russische noch die deutsche Revolution so entwickelt, daß man aus ihrer Gegenüberstellung schlüssige Folgerungen ziehen könne. Richtig sei vielmehr, daß sich an allen Orten der Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus anbahne. Es sei daher die erste Pflicht der Sozialdemokratie, ihre nationale und internationale Einheit zu bewahren, damit sie ihre Aktionen durchsetzen könne.

Das Rheinland während der zukünftigen Besetzung.

Die Antwort der Entente auf die am 11. Juli und 12. Juli in Versailles von der deutschen Kommission für das Rheinlandsabkommen gestellten Forderungen wegen Ausführung des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete trägt in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung und ist im allgemeinen in einem von versöhnlichen Geiste getragenen Tone gehalten. — Die Antwort beginnt mit der Versicherung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen immer die Absicht gehabt haben, die Besetzung so wenig als möglich drückend für die Bevölkerung des linksrheinischen Gebiets zu gestalten, vorausgesetzt, daß Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages genau erfüllen wird. Unter dem Vorbehalte, daß die Ententekommission das Recht haben soll, im linksrheinischen Gebiete Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, die die Sicherheit der alliierten militärischen Kräfte gewährleisten, soll die bestehende und künftige Gesetzgebung des Deutschen Reiches und der Bundesstaaten in dem besetzten Gebiete keiner Beschränkung unterliegen. Unter diesem Vorbehalt wird ferner anerkannt, daß die Bevölkerung freie Ausübung der persönlichen staatsbürgerlichen Rechte genießt: Religiöse Freiheit, Freiheit der Presse, Wahlen und Versammlungen, freie politische und rechtliche Administrative und wirtschaftliche Beziehungen mit dem unbesetzten Deutschland. Ebenso wird die Verkehrsfreiheit zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete gewährleistet. — Wertvoll ist das Zugeständnis, daß der bevorrechtigte Gerichtsstand, den die Angehörigen und Zugehörigen der alliierten Truppen genießen, nicht an deutsche Staatsbürger erteilt werden darf. Das Abkommen sah anfangs vor, daß die alliierten Militärpersonen oder durch die militärischen Befehlshaber beglaubigten Personen ausschließlich der militärischen Gerichtsbarkeit der alliierten und assoziierten Mächte unterworfen werden sollen, auch hinsichtlich des Zivilrechts. Jetzt wurde zugelassen, daß bei Privatverträgen die deutschen Gerichte anzurufen sind. Das Abkommen verlangte ritoros, daß jeder, der sich gegen Personen oder Eigentum der Ententestreitkräfte verging, deren Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert werden sollte. Jetzt ist die Bestimmung dahin formuliert, daß den alliierten und assoziierten Behörden die Beschuldigten ausgeliefert werden, selbst wenn sie auf nicht besetztes Gebiet geflüchtet sind. Die Antwort geht sodann auf die Verwaltung in den besetzten Gebieten ein und spricht davon, daß nicht die Absicht bestehe, die politische und verwaltungsrechtliche Einteilung abzuändern, und daß die Zivilverwaltung auch die Verwaltung der Finanzen umfaßt, daß also die Einkünfte des Reiches und der Bundesstaaten in den besetzten Gebieten vereinnahmt und von den zuständigen deutschen Behörden verwaltet werden können.

Bei Abberufung von Beamten soll sich die Ententekommission mit dem Reichskommissar vorher in Verbindung setzen; abgesehen von dringenden Fällen soll eine Abberufung durch den Reichskomissar oder die zuständige deutsche Behörde erfolgen. Bei der Unterbringung der Truppen und Dienststellen soll angesichts der Wohnungsnot in den besetzten Gebieten im „versöhnlichen Geiste“ vorgegangen werden. Steuerbefreiung kommt nicht bei privaten Geschäften oder Handlungen der Angehörigen der alliierten Streitkräfte in Frage. Pridlegien und Zollbefreiungen, die den Besatzungstruppen, ihrem Zivil- und Militärpersonal eingeräumt wurden, sollen kontrolliert werden. Die Freiheit des Verkehrs durch Briefe, Telegramme oder Fernsprecher wird zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiet wiederhergestellt. Grundsätzlich liegt es in der Absicht, die verschiedenen von den militärischen Stellen der Besatzung während des Waffenstillstandes erlassenen Verordnungen aufzuheben. Jede Einmischung in die innere Organisation Deutschlands wird abgelehnt. Agenten, wie bisher, die beauftragt sind, die deutschen Behörden zu beaufsichtigen, wird es nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages nicht mehr geben. Der öffentliche Unterricht bleibt ein Bestandteil der deutschen Zivilverwaltung. Es heißt ausdrücklich, daß die deutsche Regierung nicht zu befürchten hat, daß fremdsprachiger Unterricht auf Anordnung der Besatzungsmächte eingeführt wird. Was die Beitreibungen betrifft, so verspricht die Antwort, dafür Vorschläge entgegenzunehmen und sodann ein „Reglement im Geiste der Billigkeit und Versöhnung“ herauszugeben. — Von zuständiger Seite wird hierzu bemerkt: Die Antwort der Entente hält das deutscherseits unterzeichnete und ratifizierte Abkommen aufrecht, will aber in seiner Handhabung Zugeständnisse und Erleichterungen zugestehen.

Gesetzentwurf über die sozialisierte Elektrizitätswirtschaft.

WTB. Berlin, 2. August. In dem der Nationalversammlung zugegangenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft heißt es u. a.: Das Reich ist befugt, gegen eine angemessene Entschädigung zu übernehmen:

1. Anlagen, welche zur Fortleitung von elektrischer Arbeit in einer Spannung von 50 000 Volt und mehr bestimmt sind und zur Verbindung mehrerer Kraftwerke dienen;

2. Anlagen zur Erzeugung elektrischer Arbeit (Elektrizitätswerke) mit einer installierten Maschinenleistung von 5000 Kilowatt und mehr, welche im Eigentume privater Unternehmer stehen und nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe dienen;

3. die den privaten Unternehmern zustehenden Rechte zur Ausnutzung von Wasserkräften für die Erzeugung elektrischer Arbeit mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr, welche nicht ganz überwiegend zur Erzeugung elektrischer Arbeit für eigene Betriebe bestimmt sind, einschließlich des Eigentums an der in der Ausübung dieser Rechte errichteten Anlagen und des Rechtes auf Benutzung der technischen Vorarbeiten.

Auf Antrag eines Landes ist das Reich verpflichtet, dessen beim Inkrafttreten des Gesetzes bestehende oder in der Ausführung begriffene staatliche Leitungsanlagen zu übernehmen.

Nach § 8 gehen bei der Uebernahme der in § 1 genannten Anlagen und Rechte die auf sie bezüglichen Rechte und Pflichten der bisherigen Eigentümer und Berechtigten gegenüber einem dritten auf das Reich über. Den Berechtigten ist eine angemessene Entschädigung zu gewähren. Sie sollen in der Regel in einer Beteiligung an den übernommenen Rechten und Anlagen bestehen.

§ 7 führt aus, daß, wenn eine vertragliche Vereinbarung zwischen den Beteiligten über die Uebernahme und Einbringung der Anlagen und Rechte nicht zustande kommt, das Schiedsgericht entscheidet.

Nach § 15 hat das Reich vor der Ausführung eigener Leitungsanlagen innerhalb eines Landes die Landesbehörde zu hören. Zur beratenden Mitwirkung bei den Angelegenheiten der Reichselektrizität errichtet die Reichsregierung mit Zustimmung des Staatsausschusses einen Beirat, in dem die Länder Sitz und Stimme haben. (§ 18.)

Nach § 29 wird dem Reichsschatzminister für die Durchführung des Gesetzes ein Geldbetrag bis zu einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt. In der Begründung des Gesetzes wird angeführt, daß die Elektrizitätswirtschaft im Sinne des § 2 des Sozialisierungsgesetzes vom 23. März 1919 als sozialisierungsreif angesehen werden muß. Die Zersplitterung in zahlreichen Einzelunternehmungen — zurzeit bestehen in Deutschland über 4000 Elektrizitätswerke — hat vielfach zur Entstehung unwirtschaftlicher Werke geführt. Für die künftige deutsche Wirtschaft muß mit einem großen Kohlenmangel gerechnet werden, weshalb dringend geboten ist, zu einer Energiewirtschaft Deutschlands in weit stärkerem Umfange als bisher die Wasserkräfte heranzuziehen.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

WTB. Amsterdam, 2. August. Weiter wurde über die von der zweiten Kommission unterbreitete Resolution beraten. In dieser Resolution wird zum Ausdruck gebracht, daß der Internationale Gewerkschaftskongreß in Amsterdam die Paragraphen der Arbeitergesetzgebung, die in den Friedensvertrag von Versailles aufgenommen wurden, nicht als den Ausdruck der Forderungen der Arbeiterklassen aller Länder anerkennen könne. Im einzelnen werden die Unterschiede, die zwischen den Paragraphen des Arbeitsabkommens im Friedensvertrag und dem von den internationalen Gewerkschaftsorganisationen gebilligten Berner Programm vom Februar 1919 bestehen, dargelegt. Diese Unterschiede betreffen: 1. die Arbeit von Kindern und Jugendlichen; 2. die Frauenarbeit (hierbei wird bemerkt, die Tatsache, daß diese Fragen erst dem Internationalen Kongreß in Washington vorgelegt werden sollen, beweise, daß das Berner Programm nicht beachtet worden ist); 3. den achtstündigen Arbeitstag; 4. Herabsetzung der wöchentlichen ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens 32 Stunden auf 24 Stunden im Friedensvertrag; 5. Heimindustrie; 6. Vereinsrecht; 7. Arbeit von Ausländern, wobei bemerkt wird, daß der Friedensvertrag über die von der Berner Konferenz geforderte Aufhebung der die Einwanderung verbietenden Bestimmungen schweigt; 8. Mindestlohn; 9. wird bemerkt, daß der Friedensvertrag die Forderungen der Arbeiter bezüglich Bekämpfung der Erwerbslosigkeit und in der Frage der Arbeitsversicherung nicht erwähnt hat.

Es wird darauf hingewiesen, daß im Friedensvertrag nichts Neues von wirklicher Bedeutung enthalten ist, daß ohne internationales Arbeiterrecht der Völkerbund kraftlos und der Friede unvollkommen ist. Die Resolution schließt: Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterklasse ihre Forderungen selbst feststellt, bekräftigt der internationale Kongreß von Amsterdam das Berner Programm und ruft alle nationalen Arbeiterbewegungen auf, dasselbe vollständig und unmittelbar zu verwirklichen.

Jouhaux begründete den Antrag Gompers (Amerika) und schlug an Stelle der obengenannten Resolution einen Antrag, in dem es heißt: Der internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß das Arbeitsabkommen, wie es im Friedensvertrag aufgenommen ist, die Forderungen der Arbeiterklasse nicht vollkommen zum Ausdruck bringt, vor.

Gompers bedauerte, daß die Kommission ihre Resolution unterbreitet habe und erklärte, verschiedene seiner Anträge seien in Versailles nicht angenommen. — Gompers trat dafür ein, daß der Kongreß das Arbeitsabkommen im Friedensvertrage, wenn es auch vieles enthalte, was nicht wünschenswert sei, nicht ablehnen möge, und erklärte, die Welt könne nicht in einem Tage durch die Annahme der Resolution verbessert werden.

Gruenwald (Oesterreich) bekämpfte die Resolution Gompers und erklärte, Gompers scheine zu vergessen, daß man sich auf einem Kongreß von Arbeitern befinde und nicht auf einer Friedenskonferenz.

Jouhaux (Frankreich) sagte, seine eigene Stellung sei heikler Natur, da auch er an der Konferenz von Versailles teilgenommen habe. Er zögere nicht, zu erklären, daß der Kongreß einstimmig das Berner Programm bekräftigen müsse.

Bei der Abstimmung wurde die Resolution der Kommission mit 31 Stimmen gegen die Resolution Gompers, die 20 Stimmen erhielt, angenommen. Jouhaux brachte seine Genugtuung über die Annahme der Kommissions-Resolution zum Ausdruck, wunderte sich jedoch darüber, daß die englische Delegation dagegen gestimmt habe, obwohl sie in der Kommission dafür eingetreten sei. — Der Kongreß wurde auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

Politische Nachrichten.

Kohlenkonferenzen in Berlin.

Reichsministerpräsident Bauer hat für Mittwoch nächster Woche Vertreter der drei Bergwerksorganisationen des rheinisch-westfälischen Zechenverbandes, sowie des oberschlesischen Zechenverbandes nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Maßnahmen zu besprechen, die notwendig sind, um eine Steigerung der Kohlenproduktion zu ermöglichen.

Beweise zugunsten Erzbergers.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Zürich: Ein schweizerischer Gewährsmann des „Temps“ will den Beweis in Händen haben, daß Erzberger seinerzeit tatsächlich erwartet habe, Michaelis werde auf die Anfrage von Pacelli in einem Sinne antworten, der es gestatten würde, deutsch-englische Verhandlungen anzubahnen. Erzberger habe auf eine Zusammenkunft in der Schweiz gerechnet und im Sommer selbst dort geweilt, um über die Einzelheiten der intern abzuhaltenden Besprechung zu verhandeln. Die deutsche Antwort an den Vatikan habe jedoch diesen Plan zunichte gemacht.

Warnung vor wilden Werbern für das Aufbaugebiet.

Am 30. Juli abends ist, wie schon mitgeteilt wurde, eine aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern zusammengesetzte Kommission nach Versailles gefahren, um dort unter Leitung der Geheimräte Schmidt vom Auswärtigen Amt und von le Suire vom Reichswirtschaftsministerium mit der Ententekommission die Bedingungen für die Gestellung deutscher Arbeiter für den Wiederaufbau Nordfrankreichs festzulegen. Erst nach Abschluß der Verhandlungen und der notwendigen Vorarbeiten kann eine Entsendung von Arbeitern von Reichswegen in Frage kommen. Es wird ausdrücklich davor gewarnt, daß die Arbeiter sich schon jetzt von irgendwelchen Agenten für den Wiederaufbau anwerben und nach Frankreich schicken lassen, da die in Versailles zu vereinbarenden Bedingungen naturgemäß nur für solche Arbeiter Anwendung finden können, die auf Veranlassung des Deutschen Reiches für die Wiederaufbauarbeiten gewonnen werden. Zugleich wird darauf hingewiesen, daß Bewerbungen von Arbeitern, Architekten und Unternehmern um Beschäftigung bei den Aufbauarbeiten zurzeit zwecklos sind und nur eine erhebliche Belastung der Behörden zur Folge haben. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind, werden die Reichsbehörden oder die von ihr beauftragten Stellen mit ihrer Werbetätigkeit einsetzen. Die Durchführung der eigentlichen Arbeiten wird einer besonderen, dem Reichwirtschaftsministerium anzugliedernden Behörde unter dem Reichskommissar übertragen werden, in der den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird.

Die bestohlene Waffenstillstandskommission.

WTB. Frankfurt a. M., 2. August. Auf der Fahrt von Hamburg nach Frankfurt a. M. wurde einem Mitgliede der Waffenstillstandskommission in dem überfüllten D-Zuge von einem mitreisenden Soldaten ein Handkoffer gestohlen, der außer Formularen mit dem Stempel der Waffenstillstandskommission wichtige Papiere und Dokumente von Abmachungen oder der Rücklieferung von Maschinen an Belgien und Frankreich enthielt. Einem mitreisenden Mitgliede der Reichsverwertungskommission wurde von demselben Täter eine Brieftasche mit Inhalt gestohlen. Von dem Diebe fehlt jede Spur.

Freude und Lob aus Wien.

WTB. Wien, 2. August. In einem Leitartikel bespricht das „Deutsche Volksblatt“ die Vollendung des großen Werkes der neuen deutschen Verfassung und drückt seine Bewunderung aus, daß es Deutschland gelungen sei, die Fieberschauer der Revolution so rasch zu überwinden. Dies zeuge für die ungebrochene schöpferische Kraft des deutschen Volkes. Die schwarz-rot-goldenen Farben sprächen zu Millionen Deutschen, die das Deutsche Reich

Der Kastengeist.

Durch das System der herrschenden Klassen wurde das deutsche Volk in Kasten zerlegt.

Jede Kaste ist gesellschaftlich für sich abgeschlossen.

Ihre Gesamtzahl mag 100 betragen.

Es können aber auch mehr sein.

Nehmen wir zunächst die Militärkaste als eine Hauptkaste an, so zerfällt diese in zahlreiche Unterkasten.

Eine unüberbrückbare Kluft trennt die Offiziere von den Unteroffizieren.

Zwischen beiden stehen einsam die Feldwebelleutnants.

Zu vornehm für die Unteroffiziere und nicht vornehm genug für die Offiziere, tragen sie die einsame Bürde ihres Amtes mit Würde.

Doch wird sich ein 18jähriger Leutnant schwer hüten, einen weißbärtigen Feldwebelleutnant zuerst zu grüßen.

Der Mann steht unter ihm.

Der Herr fängt erst beim Leutnant an, das übrige ist Mann.

Nur für den Gemeinen ist der Unteroffizier Herr.

Er ist der Herr des Gemeinen, aber der Mann des Offiziers, der sein Herr ist.

Die Offizierskaste zerfällt in die Kasten der Kavallerieoffiziere und der Infanterieoffiziere.

Doch gehören die adligen Infanterieoffiziere der Garde zur Kaste der Kavallerieoffiziere.

Unter der Kaste der Kavallerieoffiziere gibt es einige bürgerliche, welche einer beschränkten Anzahl von Kavallerieregimentern angehören, die bürgerliche mit sehr viel Geld aufnehmen. (In Preußen waren es sieben.)

Im allgemeinen verkehren die reinadligen Regimenter unter sich. Aber auch bei ihnen gibt es noch feine Nuancen und subtile Unterschiede.

Da ist zunächst der Uradel, der seinen Stammbaum mindestens bis ins 11. Jahrhundert nachweisen kann, und deren ältester bekannter Ahnherr bereits von adliger Geburt ist.

Dann kommt der später verliehene Briefadel, der wieder je nach seinem Alter herabsieht auf den jungen Adel.

Aber auch hier dünkt sich der Schwertadel, der im Kriege oder durch die Erreichung eines hohen militärischen Ranges — mindestens des Generalleutnants — erworben wurde, mehr als der aus Handel und Industrie hervorgegangene.

Uradel, Briefadel, junger Adel, Schwertadel, da fühlt sich einer gegen den anderen als der gesellschaftlich höherstehende.

Das wird ja nie ausgesprochen, aber alle wissen es und empfinden es. Für einen Mann aus prinzlichem Geblüt gar ist selbst der uradlige Landedelmann nur ein Mann niederer Kaste, ein Unebenbürtiger.

Alle Offiziere haben aber die heilige Pflicht, sich den Untergebenen und Bürgern gegenüber als höhere Wesen zu fühlen.

Der Untergebene muß das Gefühl haben, daß der Offizier ihm nicht nur in bezug auf militärisches Können, sondern in jeder Beziehung überlegen ist, auch dann, wenn der Offizier sich, wie der kommentmäßige Ausdruck lautet, besäuft, wenn er mit Dirnen intimen Umgang hat, ja sogar, wenn er pervers ist.

Er bleibt trotzdem für jeden Bürger und Untergebenen ein höheres Wesen. Wurde der Bürger Reserveoffizier, dann fühlte auch er sich als höheres Wesen, wurde aber von den aktiven Offizieren nicht als voll angesehen.

Er war sozusagen ein höheres Wesen zweiten Ranges, nicht Oberkaste, sondern Unterkaste.

Die Militärbeamten verkehren gesellschaftlich unter sich und sind wiederum in zahlreiche Unterkasten eingeteilt.

Dasselbe gilt für die Militärärzte, die ihren eigenen Kreis haben.

Der etatsmäßige Feldwebel, der Aussichtt hat, dermaleinst zum mittleren Beamten aufzurücken, vermeidet den gesellschaftlichen Verkehr mit Unteroffizieren niederen Ranges.

Wenden wir uns nun zum Beamtentum, so sehen wir, daß es zunächst in die drei Hauptklassen der höheren, mittleren und unteren Beamten zerfällt.

Die höheren Beamten sind aber wiederum gesellschaftlich in zahlreiche Kasten geschieden.

Da haben wir die Richter, die Staatsanwälte, die Bürgermeister, die Landräte und Regierungsräte, die höheren Beamten bei der Post, bei der Eisenbahn, beim Steuerwesen und Zollwesen, beim Bauwesen.

Es gibt da zahlreiche Unterkasten oder Kreise, die gesellschaftlich außerdienstlich nicht miteinander verkehren, weil einer immer mehr sein will als der andere.

Bei den mittleren Beamten, und sogar bei den unteren, ist es ebenso.

Hat ein mittlerer Beamter den Titel Rechnungsrat erhalten, dann sind seine Kollegen, die den Titel noch nicht haben, unter seinem Range, und besonders seine Frau achtet streng darauf, ihren Verkehr nunmehr rangentsprechend auszugestalten.

Wird er gar Geheimer Rechnungsrat, dann sieht er herab auf den nicht geheimen, der er gestern noch selber war.

Ohne jede Rücksicht auf das Alter, verlangt der Ranghöhere, daß der im Range tiefere ihn zuerst grüßt.

Niemals wird ein 30jähriger Landrat einen Großvater, der mit der Großmutter spazieren geht, und im Range unter ihm steht, zuerst grüßen. Er erwartet und verlangt vielmehr, daß der Großvater und die Großmutter ihn zuerst grüßen.

Ebenso wird ein Universitätsprofessor einen viel älteren Doktor, der Privatdozent ist, niemals zuerst grüßen.

Geht ein alter Student, der vielleicht noch mit 50 Jahren seinen Doktor machen will, mit seiner Frau spazieren und begegnet seinem Ordinarius, der 15 Jahre jünger ist, dann verlangt der Professor, daß der alte Student zuerst grüßt, obgleich bei uns jeder gebildete Mensch eine Frau stets zuerst grüßt.

Diese Manieren sind typisch für die knechtische Auffassung, den Mangel an vornehmer Gesinnung, an Takt und Herzensbildung der herrschenden bureaukratisch-militärischen Klassen, die das ganze Volk in diesem Geiste erziehen.

Wie es beim Militär und Beamtentum ist, so ist es bei Bürgern und Bauern.

Die Großbauern, die Mittelbauern, die Kleinbauern, da sieht einer hochmütig auf den anderen herab und setzt sich nicht mit ihm an einen Tisch.

Die Handwerker, die Kaufleute sind je nach ihrem Vermögen und der Größe ihres Geschäftes sowie auch der geringeren oder besseren Familie der Mutter oder Frau in gesellschaftliche Klassen geschieden, die sich hochmütig getrennt halten.

Ueberall Hochmut und Dünkel.

Die Tochter eines Hauswartes, der ein armer Knecht war, geht als Verkäuferin in ein Warenhaus; sofort sieht sie hochmütig herab auf die Bauerntochter, bei deren Vater ihr Vater Knecht war, weil diese in Stellung geht.

Sie tut es auch dann, wenn die Bauerntochter ein reines Leben führt und sie nicht, ja sogar dann erst recht!

So geht Hochmut und Dünkel, der den Menschen nicht nach seinem inneren Wert schätzt, sondern nach dem Zufall der Geburt, nach dem Vermögen, sowie nach der Rangstellung innerhalb des bureaukratisch-militaristischen Systems, durch das ganze Volk.

Jeder, der denkt, er gehört einer höheren Gesellschaftsklasse an als der andere, vermeidet, mit diesem außerdienstlich zu sprechen oder mit ihm auch nur auf der Straße zu gehen, und wenn er es nicht vermeiden kann, zeigt er schon durch sein ganzes Benehmen, daß der andere weniger ist als er.

Ein Beamter, oder auch ein Bürger oder Bauer, der das nicht mitmacht, der den älteren zuerst grüßt, keinen Standesunterschied kennt und den Menschen nach seinem inneren Wert schätzt, wurde früher von seiner Klasse boykottiert oder als Sonderling angesehen, während er heute, wo ja alles so ganz anders ist, in den Verdacht gerät, Sozialist? — ach nein! — ein Spartakist zu sein.

Indessen hat unser Volk, das durch Jahrhunderte hindurch an diesen Kastengeist gewöhnt ist, auch noch gar kein Verständnis für eine vornehmere Auffassung.

Der Angehörige der herrschenden Klassen, der keinen Standesunterschied macht, wird dafür im Gegenteil von den meisten geringer geachtet, sie zeigen ihm bald durch ihr ganzes Benehmen, daß sie für eine vornehmere Lebensauffassung nicht das richtige Verständnis haben.

So hätten wir also als Folgen dieses Systems Hochmut und Dünkel, einer will immer mehr sein als der andere. Herrsch- und Machtsucht auf der einen und knechtische Gesinnung auf der anderen Seite.

Mangel an moralischem Mut, an Takt und Zartgefühl, an Herzensbildung. Dazu als Folge des Kapitalismus und des vorwiegenden Industriestaates, ein im Verein mit den eben erwähnten Fehlern entstandener krasser Materialismus oder Mammonismus.

Die zunehmende Wohlhabendheit hatte vor dem Kriege eine sich ständig steigernde Genußsucht zur Folge, welche in den Großstädten, wo sich jeder unbeobachtet allen Lüsten hingeben konnte, immer hemmungsloser auftrat.

Das war bei einem Volke, das seit Jahrhunderten gewohnt war, auf Schritt und Tritt von einer hohen Obrigkeit dressiert, kommandiert und unter der Fuchtel gehalten zu werden, doppelt gefährlich.

Der Deutsche vertrug die Großstadt schlecht, weil sie ihm den heilsamen Zwang nahm, dem er in kleinen Städten und auf dem Lande unterlag.

Dort wußte jeder, was der andere tat, jeder kannte den anderen. Gerade in der Großstadt zeigten sich die verderblichen Folgen des Erziehungssystems der herrschenden Klassen, das den Menschen nicht nach seinem inneren Werte einschätzte.

Diese verderblichen Folgen zeigten sich leider auch draußen im Felde.

Sie zeigten sich überall, und sie zeigten sich auch bei dem Deutschen im Auslande.

Eine dankenswerte Aufgabe der Erziehung aber wird es sein im neuen Deutschland, in einem sozialistischen Deutschland, dem Kastengeist das Grab zu graben.

W. E.

noch nicht mitumschließen, die Sprache der Zukunft. Das Blatt weist darauf hin, daß das Chaos der Donau-Konföderation Deutsch-Oesterreich zu verschlingen droht, und fordert das deutschösterreichische Volk auf, seinen Blick auf Weimar zu richten und angesichts des neuen Verfassungsbaues mit um so festerer Innigkeit den Sinn der deutschen Volkseinheit zu umfassen.

Annahme des Versailler Vertrages im französischen Kammerausschuß.

WTB. Versailles, 2. August. Der Friedensausschuß der französischen Kammer ratifizierte gestern nachmittag den Friedensvertrag mit 35 gegen 1 Stimme (Abgeordneter Louis Marin) und 2 Stimmenthaltungen (Abgeordnete Crodet und Daniel-Vincent). Der Friedensausschuß besteht aus 60 Mitgliedern.

Einzelheiten aus Ungarn.

Die „Vossische Zeitung" meldet über die Vorgänge in Ungarn noch folgende Einzelheiten: Nach 134 Tagen Sowjet-Herrschaft ist gestern Ungarn zu einer vorläufig rein sozialistischen Regierung übergegangen. Am Donnerstag dieser Woche hatte der ungarische Rat der Gewerkschaften eine Vollversammlung, in welcher der Präsident der Budapester Arbeiter- und Soldatenräte, Jakob Weltner, Bericht über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem englischen Obersten Cunningham und dem italienischen Missionschef Borghese erstattete. Er teilte mit, die Entente habe eine Verschärfung der Blockade angeordnet und Hainburg, Bruck und Wiener Neustadt besetzt. Den rumänischen Truppen sei der Uebergang über die Theiß geglückt und die Gefahr der Besetzung Budapests sei nahegerückt. Darauf nahm der Gewerkschaftsrat mit 93 gegen 3 Stimmen einen Antrag des Vorstandes des Gewerkschaftsrates Jaszai an, indem die Räteregierung aufgefordert wurde, zurückzutreten und die Macht einem sozialistischen Ministerium zu übergeben. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag tagten die Volkskommissare gemeinsam mit dem Vorstand des Gewerkschaftsrates und am Freitag, vormittags 11 Uhr, wurde in einer neuen Versammlung der formelle Beschluß für den Rücktritt der Räteregierung gefaßt. Nur die kommunistischen Extremisten Samueli, Bela Vago und Dr. Eugen Landler, letzterer seit Böhms Entsendung nach Wien Oberkommandierender der Roten Armee, protestierten gegen den Beschluß. Freitagnachmittag um 4 Uhr trat dann der große Sowjetrat, die sogenannten Fünfhundert, im neuen Stadthause zusammen, wo der ehemalige Volksbeauftragte Dr. Ronai den Rücktrittsbeschluß bekannt machte. Die Galerien waren halb leer. Die Sensationsmeldung, daß tausende, ja hunderttausende Budapester den Sturz der Räteregierung vernommen hätten, ist unwahr. Der neue Ministerpräsident Julius Peidl hat als Führer der Buchdruckergewerkschaft eine bedeutende Rolle in der ungarischen Arbeiterbewegung gespielt. Er ist gleich den meisten Mitgliedern seines Kabinetts gemäßigter Sozialist.

*

WTB. Wien, 2. August. Wie das „Neue Wiener Tageblatt" berichtet, seien die für die Familienangehörigen der zurückgetretenen ungarischen Volksbeauftragten die Einreiseansuchen bewilligt. Die Volksbeauftragten selbst, insbesondere Kun und Szamuely, dürften durch die Entente ins Ausland gebracht werden.

Kleine politische Nachrichten.

WTB. Mainz. Das hiesige französische Kriegsgericht verurteilte den 20jährigen Schmuggler Heinrich Hamann aus Godbelau zum Tode, weil er bei dem Zusammenstoß zwischen Schmugglern und französischen Besatzungstruppen auf die Franzosen scharfe Schüsse abgegeben haben soll. In seinem Besitz wurde ein Revolver vorgefunden, doch bestreitet Hamann, damit geschossen zu haben.

Dem Pressebureau „Radio" wird aus Washington gemeldet, daß die Rundreise Wilsons in den Vereinigten Staaten 13 Tage dauert. Der Präsident, der gegen den 15. August seine Reise zu beginnen gedenkt, wird im Verlaufe seiner Reise 25 Reden halten.

WTB. Amsterdam. „Nieuws van den Dag" meldet aus London, daß der Streik der Polizisten ein Fehlschlag war. Er dauerte bis 6 Uhr morgens. Von 5000 Polizisten, die nachts Dienst hatten, verließen nur 311 ihren Posten. Alle Polizisten, die streikten, werden entlassen.

Parteinachrichten.

Entweder — oder.

Die deutschen Unabhängigen haben der Internationale ein Ultimatum gestellt: entweder die Internationale soll die alte Sozialdemokratie ausschließen oder die Unabhängigen scheiden aus der Internationale aus; mit uns zusammen wollen die Unabhängigen nicht länger in der Internationale wirken. Wie die „Freiheit" mitteilt, haben Parteileitung, Beirat und Kontrollkommission der U. S. P. übereinstimmend die Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht, daß ein Anschluß an die Internationale, in der für die Rechtssozialisten Raum wäre, für die unabhängige Sozialdemokratie nicht in Betracht käme. Von der in den nächsten Tagen zusammentretenden Luzerner internationalen Konferenz scheint man freilich die endgültige Entscheidung noch nicht zu fordern, sondern erst von dem künftigen internationalen Kongreß. In der Internationale haben jahrzehntelang Guesde und Jaurès, Hyndman und Keir Hardie, Rosa Luxemburg und Daszinski — kurz, die verschiedensten Richtungen der Sozialdemokratie zusammengesessen, die sich in der Heimat erbittert bekämpften. In vielen Fällen gelang es der Internationale, die streitenden Brüder wieder zu vereinigen. Auch in Deutschland hätte es vielleicht einmal durch die Internationale zur Wiedervereinigung des Proletariats kommen können. Diese Aussicht wollte die U. S. P. vernichten und wird sie vernichten.

Wir begrüßen es, daß die Internationale vor die klare Entscheidung gestellt wird, ob sie Demokratie oder Rätediktatur will. Wir übersehen nicht, wie gefährlich das Manöver der Unabhängigen ist, das auf die Abneigung weiter Kreise der Ententesozialisten gegen die deutsche Sozialdemokratie spekuliert. Aber wir fürchten die Entscheidung nicht, wie sie auch falle. Schließlich werden ja die Bruderparteien in den siegreichen Ländern am Festen wissen, ob sie uns die nahe „Weltrevolution" versprechen können oder nicht. Der Beschluß der U. S. P. hat von neuem gezeigt, daß ihr höchstes Ziel die Zersplitterung der Arbeiter ist. Sie lebt vom Bruderkrieg und fühlt sich am wohlsten, wenn er zur Siedehitze der Erbitterung steigt. Uns sagt sie damit nichts Neues, aber die Masse der Arbeiter wird jetzt noch klarer als zuvor erkennen, woran sie ist. —

Genosse Dr. H. Heinemann †. Heute morgen ist in einem Sanatorium Genosse Dr. Hugo Heinemann nach längerem Leiden gestorben. Heinemann war einer der ersten Verteidiger in Strafsachen und einer der besten Kenner des deutschen Strafrechts. In der Partei hat Heinemann als Politiker, Jurist und Schriftsteller einen sehr guten Namen. Seine ungewöhnlichen Fähigkeiten in Justizangelegenheiten haben dazu geführt, daß man ihn als Unterstaatssekretär ins Justizministerium rief. Die Partei erleide durch den Tod Heinemanns einen schweren Verlust, und bei der Reform des Strafrechts und der Justizverwaltung wird man sein Fehlen recht empfindlich bemerken.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Zur Freigabe des Fischhandels.

Wie durch die Presse bereits bekanntgegeben ist, soll die Zwangswirtschaft bei Fischen vom 4. August d. J. ab fast ganz aufgehoben werden. Völlig freigelassen werden soll nach den Bestimmungen des Reichs der ganze Verkehr mit Inlandsfischen, und zwar sowohl See- wie Fluß-Fischen. Lediglich die über die Einfuhr von Fischen und Fischwaren aus dem Auslande erlassenen Bestimmungen des Reichs sollen aufrecht erhalten werden.

Fünf Pfund Kartoffeln.

Die Kartoffelzufuhren haben sich so günstig gezeigt, daß außer den bereits angekündigten 4 Pfund Kartoffeln in der laufenden Woche ein weiteres Pfund zur Verteilung gebracht werden kann. Die Abgabe der Kartoffeln hat auf Abschnitt 1 der Kartoffelkarte zu erfolgen.

Wegen Höchstpreisüberschreitung beim Verkauf von Gemüse oder Obst wurden vom Kriegsversorgungsamt die nachstehend genannten Gemüsekleinhändler in Strafe genommen: Frau Dorothea Koch, Borsteler Chaussee 9, August Tiedemann, Bergstraße 5, Franz Sonntag, ABC-Straße 57, Frau Bertha Lange, Pappelallee 46, K., Frau Elise Neubauer, Canalstraße 63, Frau Johanne Zimmermann, Milchstraße 27, Rudolf v. Appen, Rothenbaum-Chaussee 75, Johann Pfützner, Lehmweg 46.

Trotz aller Verwarnungen ist in vielen Gemüsekleingeschäften der Aushang des vorgeschriebenen Preisverzeichnisses unterblieben. In der letzten Woche sind deshalb vom Kriegsversorgungsamt 15 Kleinhändler in Strafe genommen. Für die Folge werden auch die Namen dieser Kleinhändler veröffentlicht werden müssen.

Sozialdemokratischer Verein für das Hamburgische Staatsgebiet.

Dienstag, 5. August, abends 7½ Uhr, finden im ganzen Staatsgebiet in den bekannten Bezirkslokalen

Bezirksversammlungen

statt. In vielen Versammlungen werden Referate gehalten. Im Merkblatt werden besonders behandelt: „Die Einwohnerwehr und unsere Partei" und eine Reihe geschäftlicher Dinge. Es ist Pflicht jedes Genossen und jeder Genossin, an der Versammlung seines Bezirks teilzunehmen. Wer sein Bezirkslokal nicht weiß, kann es erfahren durch das Parteisekretariat Große Theaterstraße 44, I.

Der Parteivorstand.

Tages-Bericht.

Sonnabend, den 2. August.

Hamburg.

Die Auflösung des Instandsetzungsamtes Bahrenfeld.

Auf Grund eines kriegsministeriellen Erlasses, der dem Betriebsrat des Instandsetzungsamtes Bahrenfeld bereits im April dieses Jahres bekannt gegeben wurde, sollte das Instandsetzungsamt am 31. Juli seinen Betrieb einstellen. Es wurde damals, bald nach dem Bekanntwerden der drohenden Auflösung von der Bürgerschaft eine Kommission eingesetzt, die versuchen sollte, das Instandsetzungsamt hier zu erhalten und die Arbeit hier zu belassen. Mitte Juli erfolgte aber die Kündigung der Arbeiter auf den 31. Juli. Es wurde den Arbeitern anheim gestellt, die letzten 14 Tage vor der Entlassung unter Fortbezug ihres Lohnes als Urlaub zu genießen. Sie machten aber davon keinen Gebrauch, weil sie auf Grund von Nachrichten der Sozialisierungskommission aus Weimar zu der berechtigten Annahme gelangten, daß der Betrieb noch über den 1. August hinaus aufrechterhalten würde. Eine am Nachmittag des 31. Juli im Gewerkschaftshaus stattgefundene Versammlung der Belegschaft des Instandsetzungsamtes gab den für die Sicherheit des Betriebes verantwortlichen Stellen zu schwersten Befürchtungen Anlaß, und eine darauf folgende Aussprache zwischen Vertretern des Generalkommandos und den Betriebsvorständen führte dazu, den Betrieb durch Reichswehrtruppen zu besetzen, die gewissermaßen nur Polizeidienste versehen sollen. Diese Besetzung erfolgte mit dem vollen Einverständnis des Betriebsvorstandes. Es lag also nicht der geringste Anlaß für die Unabhängigen vor, in der Versammlung, wie auch in der „Volks-Zeitung" in ihrer bekannten Art gegen die Mehrheitssozialisten vorzugehen, wie wir auch in dem an anderer Stelle veröffentlichten Artikel über „die Besetzung des Instandsetzungsamtes Bahrenfeld und ihre Ursachen" eingehend darlegen. Die wirklichen unverschleierten Tatsachen gaben dann auch der Exekutive des Großen Arbeiterrats Veranlassung zu folgender

Erklärung:

In der Vollversammlung des Großen Arbeiterrats am Freitag, 1. August, ließ die Fraktion der U. S. P. durch Sickert folgenden Antrag verlesen:

Protest der U. S. P.-Fraktion des Arbeiterrates Groß-Hamburg. Das Instandsetzungsamt des 9. Armeekorps mit Ausnahme des Teilbetriebes Testorpf, ist heute nacht von Truppen besetzt. Den Arbeitern und Arbeiterinnen (zum größten Teil Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene) ist der Zutritt zur Arbeitsstelle versagt. Die U. S. P.-Fraktion protestiert auf das entschiedenste gegen die durch Regierungstruppen erzwungene Aussperrung und erwartet, daß die Vollversammlung des Arbeiterrates Groß-Hamburg sich diesem Protest anschließt.

U. S. P.-Fraktion. Sickert und Genossen.

Auf Grund der Auslegung der Debatteredner — insbesondere auf Anraten eines Betriebsratsmitgliedes des Instandsetzungsamtes — wurde von einer Beschlußfassung über den Antrag Sickert abgesehen, da für erforderlich gehalten wurde, daß Vertreter der Exekutive an einer für den nächsten Morgen vorgesehenen Verhandlung in der Intendantur teilnehmen möchten. Auf Grund dieser Verhandlung in der Intendantur am Sonnabend vormittag ist die Exekutive zu folgender Stellungnahme gelangt:

In der Verhandlung wurde einwandfrei festgestellt, daß:

1. das Instandsetzungsamt auf Grund eines kriegsministeriellen Erlasses am 31. Juli seinen Betrieb einstellen mußte;
2. dieser Erlaß bereits im April dem Betriebsrat bekanntgegeben wurde;
3. die Kündigung der Arbeiter auf den 31. Juli rechtzeitig erfolgte;
4. daß der Vorstand Gruber und Betriebsrat trotz nachträglichsten Bemühungen, die Aufrechterhaltung des Betriebes mindestens bis zum 1. Oktober sicherzustellen, leider keinen Erfolg hatte;
5. die zum 31. Juli gekündigten Arbeiter von dem ihnen zustehenden Rechte, die letzten 14 Tage vor der Entlassung unter Fortbezug ihres Lohnes, als Urlaub zu genießen keinen Gebrauch machten, weil sie nach der telephonischen und telegraphischen Mitteilung einer vom Sozialisierungsausschuß der Bürgerschaft nach Weimar und Berlin entsandten Kommission zu der berechtigten Annahme gelangten, daß der Betrieb noch über den 1. August hinaus aufrechterhalten würde.
6. die militärische Besetzung des Instandsetzungsamtes erst am 1. August, morgens 5 Uhr, erfolgte, nachdem der Verlauf der am Nachmittag des 31. Juli im Gewerkschaftshause stattgefundenen Versammlung der Belegschaft des Instandsetzungsamtes für die Sicherheit des Betriebes verantwortliche Stellen zu schwersten Befürchtungen Anlaß geben konnte;
7. nach dieser Versammlung eine Rücksprache zwischen Vertretern des Generalkommandos und den Betriebsvorständen stattfand;
8. die Besetzung erst nach dieser Rücksprache mit dem Betriebsvorstand und mit seinem vollen Einverständnis erfolgte;
9. die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bei den Abwicklungsarbeiten, zu deren Erledigung höchstens 300 Arbeitskräfte in Betracht kommen, in erster Linie herangezogen werden sollen, sowie die Art der Arbeit ihre Beteiligung zuläßt.

Die Exekutive ist auf Grund der vorstehenden Feststellungen einstimmig der Ansicht, daß die Vollversammlung des Großen Arbeiterrates voreilig gehandelt haben würde, falls sie der Entschließung Sickert zugestimmt hätte.

*

Von einem Mitglied des Betriebsrates des Instandsetzungsamtes wird uns mitgeteilt, daß zwischen der Exekutive und der Intendantur nachstehende Vereinbarung getroffen ist:

Der 1. und 2. August wird bezahlt. Die gesamte Arbeiterschaft wird zum 16. August gekündigt. Kündigung und Papiere werden per Post übersandt. Keiner darf den Betrieb betreten, ohne die neu ausgegebenen Ausweisscheine. Privateigentum wird nach Aufforderung abgeholt. Die Exekutive bleibt bestehen. Die Betriebsräte sind aufgelöst. Die Dienststellenleiter reichen innerhalb acht Tagen eine Liste williger Arbeiter ein, für die sie verantwortlich sind, ohne Rücksicht auf Kriegsbeschädigte. Diese Arbeiter kommen für die Abwicklungsarbeit in Frage und werden am Montag, 11. August, wieder eingestellt auf unbestimmte Zeit. Das Kinderheim bleibt mit Personal bestehen. Die Kommission rechnet sofort mit der Leiterin ab. Die militärische Besetzung bleibt drei Wochen.

*

Die Vertrauensleute bleiben weiter in Fühlung miteinander, um die Rechte der Arbeiterschaft wahrnehmen zu können. Mitteilungen ergehen durch die Arbeiterpresse. Auf die am 31. Juli gestellten Forderungen werden die Vertrauensleute nicht verzichten und hoffen im Einverständnis aller zu handeln.

Ueber die Erschießung des Hauswartes Schulz

teilt uns das Korps Lettow folgendes mit:

„Die kriegsgerichtliche Untersuchung über die Erschießung des Hauswarts Schulz am 8. Juli ist nunmehr beendet. Der Fall zeigt eine traurige Verkettung unglücklicher Umstände, denen der 58jährige, dem von allen Seiten das beste Zeugnis ausgestellt werden mußte, zum Opfer fiel. An dem genannten Tage wurde von einer Abteilung des Korps die Idastraße nach Waffen durchsucht und durch Posten abgesperrt. Ein Posten stand in der Idastraße, ein anderer auf dem Dach eines Hauses. Eine erregte Menschenmasse sammelte sich vor dem Posten an. Die mehrfachen Aufforderungen zum Auseinandergehen wurden von der Menge mit Johlen und Schimpfen beantwortet. Beide Posten hatten den Eindruck, daß die Menge zum Angriff übergehen würde. Da gab der Posten auf dem Dach einen Schuß ab. Er wollte auf die Beine der vordersten Schreier halten. Der Schuß ging zu kurz, schlug vor der Menschenansammlung auf das Pflaster, prallte ab, ging als Querschläger über die Köpfe der beiden hinweg und drang dem Hauswart Schulz, der gerade mit dem Reinigen des Bürgersteiges vor der Firma Bernstein beschäftigt war, in den Kopf ein, ein handbreites Loch in die Schädeldecke reißend. Schulz war sofort tot. Die Menschenmenge zerstreute sich fluchtartig. Schulz läßt eine Familie von mehreren Köpfen zurück. Den Posten trifft keine Schuld, da er nach § 2 der allgemeinen Vorschrift über den Waffengebrauch zur Abgabe des Schusses berechtigt und durch die Lage dazu gezwungen war. Das gegen ihn schwebende Verfahren ist eingestellt worden."

Wir müssen gestehen, daß wir mit dem Ergebnis der kriegsgerichtlichen Untersuchung durchaus nicht zufrieden sind. Für den Soldaten auf dem Dache lag überhaupt keine Veranlassung zum Schießen vor. Ein Soldat sollte nur von der Waffe Gebrauch machen, sobald er tätlich angegriffen wird. In diesem Falle hatten die Posten jedoch nur den Eindruck, daß die Menge zum Angriff übergehen würde. Da hätten ein paar Schreckschüsse vollkommen genügt. Wir hoffen, daß der „§ 2 der allgemeinen Vorschriften" baldigst eine kleine Aenderung erfährt, damit die „traurigen Verkettungen unglücklicher Zustände" für alle Zeiten vermieden werden, zum Wohle der Bevölkerung im allgemeinen und der Reichswehrtruppen im besonderen.

Giehmann geisteskrank.

Korps Lettow teilt mit: „Vor einiger Zeit wurde der Arbeiter Giehmann verhaftet, der geständig war, zwei Reichswehrsoldaten umgebracht und ins Wasser geworfen zu haben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß Giehmann geisteskrank ist. Die Ueberführung in eine Irrenanstalt wird dieser Tage erfolgen."

Mit keinem Wort wird gesagt, daß die Tat nur eine Erfindung des geisteskranken Giehmann ist, mit keinem Worte wird darauf eingegangen, wer den Giehmann so zugerichtet hat, daß er von seinen Arbeitskollegen kaum wiederzuerkennen war, und wie das „Geständnis" zustande kam, dessen ganze Fassung schon an einer solchen Ausführung der Mordtat Zweifel aufkommen ließ. Wir erwarten, daß auch über diese Fragen Aufklärung gegeben wird.

Die Werftarbeiter der Sozialdemokratischen Partei

entschieden sich in der am 2. August bei Sagebiel stattgefundenen Versammlung für die folgende Entschließung:

Die heute, am 2. August, im Weißen Saal bei Sagebiel tagende Versammlung der auf den Werften beschäftigten Genossen der S. P. D. lehnt nach eingehender Aussprache ganz entschieden jegliche Finanzierung des Industrierats ab und verpflichtet ihre Vertrauensleute, in den Konferenzen und Versammlungen hiergegen entschieden Stellung zu nehmen. Sie erklären, daß diese Bestrebungen nur dazu angetan sind, unsere Reihen und Bewegungen noch mehr zu schädigen. Die Beitragserhöhung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde dahingehend begründet, den Arbeiterräten die Mittel bereitzustellen, um Ersprießliches im Interesse der organisierten Arbeiterschaft zu leisten. Wir sprechen dem sogenannten Zentralrat in seiner jetzigen Zusammensetzung unser Vertrauen ab."

Beendete Lohnbewegung der Mühlenarbeiter.

Der Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Verband der Maschinisten und Heizer hatte am Sonnabend abend nach dem Gewerkschaftshaus eine Versammlung einberufen, in der Hähnlein einen Bericht über die Lohnbewegung erstattete. Der Redner schilderte den Verlauf der bisherigen Verhandlungen und empfahl, dem vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch, den auch die Arbeiter anerkannt haben, zuzustimmen.

Die Versammlung erklärte sich nach kurzer Aussprache mit den bis zum 1. Oktober durch den Schiedsspruch festgelegten Bestimmungen einverstanden. Die ausständigen Arbeiter der Reismühle haben bereits am Sonnabend die Arbeit wieder aufgenommen. Die Lohnbewegung der Mühlenarbeiter ist damit beendet.

Die feindlichen Brüder.

Nach Sagebiel hatten die USP. eine Volksversammlung einberufen, in der Henke und Koenen (USP.) über das Vorwärtstreiben der Revolution reden sollten. Henke war nicht rechtzeitig erschienen, als Lückenbüßer sprang Reich ein. Er redete über Noske — Maschinengewehre — Reichswehr und Reichswehr — Maschinengewehre — Noske und fand Beifall. Nach ihm sprach Henke. Als er ausführte, daß die Richtung Laufenberg noch Anschluß bei der USP. suchen und finden wird, ertönten stürmische Zwischenrufe: Nein, niemals! Gernegroß! Auch die USP. will den kommunistischen Staat, nur die Taktik trennt sie von den Kommunisten. Die Enthüllungen der letzten Tage sind geeignet, die revolutionäre Bewegung vorwärts zu treiben. Die Aussprache war eine sehr stürmische. Die Kommunisten richteten die schwersten Angriffe gegen die USP. Nur mit Mühe konnte die Versammlungsleitung die Versammlung der erregten Geister meistern.

Räumung der Schrebergärten.

Aus dem Sekretariat des Arbeiterrates wird uns geschrieben: „Die Patriotische Gesellschaft hat einer großen Anzahl von Pächtern das von ihr für Schrebergartenzwecke verpachtete Gelände zum 1. September 1919 gekündigt, da dieses Terrain für Bauzwecke verkauft worden ist. Obgleich der Bau von Wohnungen eine dringende Notwendigkeit ist, bedeutet diese Kündigung immerhin nicht nur eine Schädigung des Einzelnen, sondern auch der Allgemeinheit, da das Saatgut den Pächtern zum Teil vom Kriegsversorgungsamt geliefert worden ist und bei diesem frühen Räumungstermin an ein ordnungsgemäßes Einbringen der Ernte nicht zu denken ist. Auf Beschwerde der Pächter hat sich die Exekutive des Arbeiterrates Groß-Hamburg an die Finanzdeputation gewandt mit dem dringenden Ersuchen, zu veranlassen, daß die Käufer dieser Grundstücke eine Räumung nicht eher verlangen, als bis die Ernte eingebracht ist."

Vom Arbeiterrat Groß-Hamburg wird uns geschrieben: Die Exekutive des Arbeiterrates Groß-Hamburg hat einen Antrag an Senat und Bürgerschaft gerichtet, der verlangt, daß die Hebestelle für Invalidenversicherung, deren Bestand durch bevorstehende Anträge der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte an den Senat gefährdet ist, im Interesse der arbeitnehmenden Bevölkerung Hamburgs bestehen bleibt.

Die Bekanntmachungen und Nachtragsbekanntmachungen des Kriegsministeriums betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kortholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen sowie betreffend Höchstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse sind durch Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums vom 29. Juli 1919 mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die behördliche Bewirtschaftung der genannten Gegenstände hat damit ihr Ende gefunden.

Das Arbeitersekretariat von Hamburg-Altona, Besenbinderhof 57, 3. Et., Sprechstunden werktäglich von 10 bis 1 Uhr vormittags, und von 5 bis 7 Uhr nachmittags, wurde im Monat Juli 1919 von 1583 Auskunftsuchenden in Anspruch genommen. Es wurden im ganzen 1614 Auskünfte erteilt. Diese verteilen sich auf die verschiedensten Rechtsgebiete, und zwar auf: Arbeiterversicherung 305, Arbeits- und Dienstvertrag 237, Bürgerliches Recht 596, Strafrecht 111, Staats- und Gemeindeangelegenheiten 323, Gewerbe und Handelssachen 3, 39 auf Sonstiges. Schriftsätze wurden 325 angefertigt.

Arbeiter-Vereine von Uhlenhorst, und zwar: Uhlenhorster Sängerchor, Uhlenhorster Blasorchester, Freie Turnerschaft und Trommel- und Pfeiferkorps haben für Sonntag, den 10. August, ein Sommerfest in Udes Garten, Fuhlsbüttel, veranstaltet. Um näheres über das umfangreiche Programm zu erfahren, empfehlen wir das Studium der heutigen Anzeige.

Einen schweren Unfall hat die Unsitte der Kinder zur Folge gehabt, sich an fahrende Fuhrwerke anzuhängen. Bei der Borsteler Brücke hängte sich der 14jährige Walter Möller an einen Wagen. Während der Fahrt stürzte der Junge vom Fuhrwerk ab und kam unter einen am ersten Fuhrwerk angekoppelten Wagen zu liegen. Die Räder des zweiten Fuhrwerks gingen dem Knaben über den Körper und fügten ihm schwere Verletzungen zu. Der verunglückte Knabe wurde ins Eppendorfer Krankenhaus befördert.

Allzu vertrauensselig zeigte sich ein Kraftwagenführer. Der Mann lernte eine 23 Jahre alte Verkäuferin W. kennen. Die W. wußte den Mann so einzunehmen, daß er ihr M. 10 000 zur Einrichtung eines Friisersalons in der Möndebergstraße gab. Mit diesem Gelde verschwand die W. nach Duisburg in Begleitung ihres Zuhälters. Die beiden lebten eine Zeit von dem Gelde, von dem die W. einen großen Teil zur Einlösung bei Wirtsleuten verpfändeter Toiletten und Wäsche verwandte. Als nun das Pärchen nach Hamburg zurückkehrte, wurde die W. verhaftet.

Zum Ueberfall auf die Hilfsschwester Elfriede v. Pflugk-Hartung. Die von der Kriminalpolizei angestellten Nachforschungen sind bisher erfolglos geblieben. Die Allgemeinheit hat ein besonderes Interesse an der am Sonnabend, 26. Juli, vormittags 11 Uhr, bei der Schleusenbrücke verübten Tat und alle Personen, die sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, sich im Stadthause, Zimmer 78, zu melden.

Vermißt wird seit dem 24. Juli, abends 7 Uhr, die am 25. Dezember 1898 zu Hamburg geborene Martha Drewes aus der Wrangelstraße 18. Die Vermißte zieht beim Gehen das linke Bein etwas nach, hat dunkelblondes Haar, ist mittelgroß und trug dunklen Rock, weiße Bluse, schwarzen Strohhut, dunkelbraunes Jackett und schwarze Knopfstiefel.

Dieb und Hehler. Die Polizei verhaftete einen Fabrikarbeiter H. aus der Stieglitzstraße. Der Mann entwendete einer dort wohnenden Frau A. für M. 1000 Wäsche und verkaufte diese an drei bekannte Frauen. Gegen die Abnehmer der gestohlenen Wäsche wurde eine Untersuchung wegen Hehlerei eingeleitet.

Ausgeplünderte Färbereifiliale. Im Hause Düsternstraße 22 ist die Färbereifiliale von Tieste von Einbrechern heimgesucht worden. Die Diebe haben einen großen Posten Damenkleidungsstücke, Herrenanzüge, Kinderzeug und Wolldecken von großem Wert gestohlen. Die Sachen waren teils gefärbt, teils gereinigt.

Zum Mord in Reithbrook. Von der Kriminalpolizei, die in Sachen des Leichenfundes bei der Reitbrooker Ziegelei tätig ist, werden folgende Mitteilungen ausgegeben: Die Leiche lag im Bett der Dove-Elbe. Am Halse befand sich eine dünne Schnur, die stramm zugeschnürt war. Am linken Fuß war ein Bootsanker befestigt. Bisher konnte die Persönlichkeit der Toten noch nicht festgestellt werden. Die Tote ist ungefähr 35 Jahre alt, 1,58 m groß, hat dunkelblondes Haar, volles Gesicht, kleine Hände und Füße. Bekleidet war die Tote mit kurzem dunkelblauem Jackett, blauem Rock, blauweiß gestreifter Bluse, rotem Unterrock, weißleinener Unterwäsche, dunkelgrauen Strümpfen, Haken-Lackschnürschuhen. Mitteilungen über die Persönlichkeit der Toten werden im Stadthaus, Zimmer 101, sowie in sämtlichen Kriminalrevieren oder Polizeiwachen entgegengenommen.

Hafen und Schiffahrt.

Ein Fischkutter gesunken. Der Motorfischkutter „E 297", der mit einer Ladung Fische auf der Reise nach Cuxhaven war, ist, als er sich in der Nähe der Insel Sylt befand, plötzlich leck gesprungen und nach kurzer Zeit gesunken. Die Besatzung konnte sich in die Boote retten und ist von einem dänischen Fischkutter aufgenommen worden, der die Geretteten in Cuxhaven an Land brachte.

Probefahrt. Auf der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik ist ein Minensuchboot fertiggestellt, welches die Bezeichnung „M. 132" führt. Das neue Boot ist heute morgen zur Probefahrt nach der Unterelbe abgedampft.

Altona und Umgegend.

Sozialdemokratische Partei, Altona!

Dienstag, 5. August 1919, abends 7½ Uhr, finden unsere

Bezirksversammlungen

in den Bezirkslokalen statt. Da in allen Bezirken eine wichtige Tagesordnung, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen dringend notwendig. Die einzelnen Bezirkslokale werden in den nächsten Tagen nochmals bekanntgegeben.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Montag, 4. August 1919, abends 7½ Uhr, eine

Vertrauensmännersitzung

bei Gimpel, Conradstraße, stattfindet.

Der Vorstand.

Das Volksfest am 10. August unmöglich!

Da noch heute der Belagerungszustand besteht und nach § 2 Absatz 2

„Oeffentliche Aufzüge sowie Ansammlungen und Zusammenrottungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten sind",

ist die Abhaltung des Festes unmöglich. Wir haben bereits einen diesbezüglichen Hinweis von der Militärbehörde erhalten. Bei der Arrangierung des Festes hat der Festausschuß selbstverständlich mit der erfolgten Aufhebung des Belagerungszustandes bis zu dieser Zeit gerechnet, leider haben wir uns getäuscht. **Unternommene Schritte bei der Militärbehörde blieben ohne Erfolg.** Wir sehen uns deshalb gezwungen, das Fest zu verschieben. Die ausgegebenen Karten behalten ihre Gültigkeit. Wir werden rechtzeitig den Termin des neuen Festes bekannt machen.

Vom Schutzverband des Altonaer gewerblichen und privaten Grundeigentums.

Der Bau von Wohnungen durch Genossenschaften und gemeinnützige Bauvereine ist dem gewerblichen Grundbesitzer von jeher ein Dorn im Auge gewesen, und wo er konnte, hat er es an der Bekämpfung dieser Organisationen nicht fehlen lassen. Wir erinnern daran, daß die Vertreter des gewerblichen Grundeigentums seinerzeit von der Stadt nicht mehr und nicht weniger forderten, als daß diese die Berechnung der Grundsteuer nicht nach dem wirklich erreichten Mietwert veranschlagen sollte, sondern daß zur Grundlage der Berechnung dienen sollte der Mietwert, der zu erreichen wäre, wenn die Wohnungen durch private Hausbesitzer zu vermieten wären. Waren die Bekämpfungen von gemeinnützigen Baugenossenschaften durch den privaten Grundbesitz zu normalen Zeiten diktiert von einem gemeinen Eigennutz, so ist die Bekämpfung genossenschaftlicher Einrichtungen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues geradezu eine Gemeingefährlichkeit in der jetzigen Zeit des krassesten Wohnungsmangels.

Der Schutzverband des privaten Grundeigentums hatte im Jahre 1916 die in der Emmichstraße errichteten Bauten des „Gemeinnützigen Bauvereins Altona-Ottensen, G. m. b. H.," in einer Flugschrift in der niedrigsten Art und Weise heruntergerissen, worauf dieser Klage beim Landgericht in Altona erhob mit dem Antrage, dem Schutzverband die Verbreitung der Schrift bei einer Geldstrafe von M. 1000 für jeden Einzelfall zu untersagen. Diese Klage, vom Landgericht abgewiesen, fand auch keine Gegenliebe bei dem Oberlandesgericht in Kiel. Diese Klageabweisung möchte nun der „Schutzverband" gern für seine Zwecke benutzen und er veröffentlicht in den Altonaer Zeitungen die Tatsache, daß die Klage des „Gemeinnützigen Bauvereins" gegen ihn vom Landgericht Altona und Oberlandesgericht Kiel abgelehnt sei.

Die Geschäftsleitung des „Bauvereins" bemerkt nun zu den Darstellungen über die Abweisung der Klage folgendes:

Das Landgericht leitet die Begründung seiner Klageabweisung folgendermaßen ein:

„In der Flugschrift werden weniger Tatsachen behauptet, als Werturteile gefällt. Als Ganzes stellt sie eine Kampfschrift der Besitzer großstädtischer Mietshäuser gegen die Eigentümer- und Kriegerheimbewegung dar. Unmittelbar gegen den Kläger richtet sie sich nur zum kleinsten Teile."

Das besagt alles. — Heute, wo der Kleinsiedlungsgedanke auf der ganzen Linie gesiegt hat, würden wir von einer derartigen Flugschrift gar keine Notiz nehmen; damals, als wir noch mitten im Kampfe für die gute Sache standen, war dies leider eine taktische Notwendigkeit. Was aber die bescholtene Emmichstraße anbetrifft, so ist es vermutlich selbst dem Schutzverband nicht verborgen geblieben, daß sie inzwischen bei den Fachleuten in Deutschland als Mustersiedlung gilt. Sie bildet den Ausgangspunkt und das Lehrbeispiel für zahlreiche Siedlungen in Deutschland, zu denen auch das große gemeinnützige Siedlungswerk in Bahrenfeld gehört. Wir bekennen dabei freudig, daß wir aus den Vor- und Nachteilen der Bauweise in der Emmichstraße gelernt haben und manches besser machen. Der Schutzverband und seine Hintermänner scheinen aber nichts gelernt zu haben, sonst würden sie den vorstehenden erneuten Angriff gegen unsere gemeinnützige Arbeit im Interesse ihrer eigennützigen kapitalistischen Tätigkeit vermeiden. Der Hauswirt ist heute nicht sonderlich beliebt! Wir hängen heute den Angriff gerne tiefer.

Der „Schutzverband" darf sich jedoch nicht allzusehr auf das große Pferd setzen. Es ist ihm bei seiner Kritik ja doch nicht etwa darum zu tun, für die Mieter Wohnungen in tadellosem Zustande zu erhalten, sondern lediglich Konkurrenzrücksichten sind es, die ihn bei der Bekämpfung gemeinnütziger Bestrebungen auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes leiten. Der Bauverein hat nicht ganz recht, wenn er in seiner Entgegnung an den Schutzverband schreibt, daß dieser und seine Hintermänner nichts gelernt hätten. Die Herren haben in Wirklichkeit doch etwas gelernt, und das ist die Erkenntnis, daß ihnen in der Zukunft durch die

Versammlung des Zentral-Mieterrats Altona.

In der am 30. Juli stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Mieter des Mietebezirks 1 in der Aula des Christianeums, Hoheschulstraße, schilderte der Vorsitzende des Zentral-Mieterrats, Herr Liebetreu, die Aufgaben der Mieterräte, streifte das Wohnungselend und äußerte sich über das Wohnungsamt Altona, wo wir unumwunden zugeben müssen, daß es sich nicht mehr auf reaktionärer Bahn befinde, sondern sich, der bisher gepflogenen Verhandlungen zeugend, voll und ganz auf unserer Bahn befindet. An die Mieter liege es, uns sämtliches Material zu senden, damit wir weiter Zeugnis von der Tätigkeit des Zentral-Mieterrates ablegen können. An der Diskussion beteiligten sich die Anwesenden reichlich, und trat auch darin klar zutage, daß man mit dem Wohnungswesen nicht zufrieden war. Der Bezirksmieterrat wurde auf 15 Mann ergänzt. Sämtliche Anfragen sind an den Vorsitzenden Herrn Keßler, Teichstraße 33, 2. Et., Stellvertreter Rinne, Kl. Mühlenstraße 36, part., Herrn Enderle, Königstraße 192, Hs. 6, 1. Et., und Heinze, Breitestraße 154, part., zu richten. Neu gewählt wurden die Herren Weise, Hille und Schultz, Frau Ortlepp, Frau Stegemann und Frau Rinne. Es wurde noch zum Schluß bekanntgemacht, daß sich die Geschäftsstelle des Zentralmieterrates Altona im Lokale des Herrn E. Schulz, Palmaille 32, befindet. Die Tellersammlung ergab M 20,75.

Schweres Fahrstuhlunglück. In der Malzfabrik von Naefeke in der Großen Elbstraße ist der Arbeiter N. in den Fahrstuhlschacht vom achten Boden herabgestürzt. Vermutlich liegt ein Versagen der Kuppelung vor. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

Aus den Elbgemeinden.

Groß-Flottbeck. Am 30. Juli tagte bei Friedrich Ramcke eine Versammlung aller Arbeitslosen. Die Arbeitslosigkeit in der Gemeinde Groß-Flottbeck ist wieder eine ungeheuer große; von zirka 400 industriellen Arbeitern sind 60 ohne Beschäftigung. Nachdem alle Arbeitsmöglichkeiten in der Gemeinde eingehend erwogen wurden, vor allem aber die Unzulänglichkeit der Behörde, die noch immer das vor reichlich 7 Wochen eingereichte Bauprojekt der Gemeinde nicht erledigt hat, scharfe Verurteilung gefunden, wurde einstimmig beschlossen, daß eine Kommission von 3 Personen unverzüglich mit der Gemeindevertretung zwecks Beschaffung von Arbeit in Verbindung zu treten und über den Verlauf der Verhandlungen unverzüglich Bericht zu erstatten habe. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurden die Maßnahmen der Hamburg-Altonaer Arbeitsämter, welche die hiesigen Erwerbslosen vom Besuch der dortigen Arbeitsnachweise ausschließen, einer sehr erregten Kritik unterzogen. In dieser Angelegenheit wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung aller männlichen Erwerbslosen der Gemeinde Groß-Flottbeck nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Praxis der Hamburg-Altonaer Arbeitsämter, nach welcher die Erwerbslosen von hier von dem Besuch der Arbeitsnachweise in Hamburg-Altona ausgeschlossen werden. Nach einer Verfügung des Demobilmachungsausschusses in Altona, dem die gleiche Behörde in Hamburg zugestimmt hat, sind alle Orte, welche durch die Vorortsbahn Ohlsdorf-Blankenese sowie durch die elektrische Straßenbahn mit Hamburg-Altona verbunden sind, diesen Orten gleichzustellen. Die Erwerbslosen fordern, daß die Anweisung der Behörden, nach welcher den Erwerbslosen von Groß-Flottbeck der Besuch der Hamburg-Altonaer Nachweise untersagt ist, unverzüglich rückgängig gemacht wird, und fordert den Leiter des hiesigen Arbeitsamtes auf, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen.

Gr.-Flottbeck. Am Montag kommen in der „Produktion" auf Abschnitt 10 der Warenbezugskarte 500 Gramm Gerstenflocken für alle Einwohner zum Verkauf.

Wedel. Lebensmittelverteilung. Es gelangen zur Verteilung pro Kopf: 125 g Schweinefleischprodukte, M 1,10, 100 g Gefrierfleisch, M 1, 30 g Wurst, 25 ₰, 110 g Butter, M 1, 500 g amerikanisches Weizenmehl, 84 ₰, 250 g Marmelade, 65 ₰, 10 Pfund Kartoffeln, pro Pfund 22 ₰, für Bezugsberechtigte. Das zur Verteilung gelangende amerikanische Mehl wird nur auf die neuen blauen Abschnitte verteilt. Für die alten Abschnitte ist noch Mehl in der „Produktion" erhältlich, pro Pfund M 2,25. Pro Kopf 500 g Gerstenflocken, 50 ₰, auf den Kopfabschnitt der Zuckerkarte, am Dienstag, 5., und Mittwoch, 6. August, in der „Produktion".

e. **Stellingen-Langenfelde.** Lebensmittelabgabe. Für die nächste Woche kommen 7 Pfund Kartoffeln zur Verteilung, ein halbes Pfund Marmelade auf Nr. 265 der Warenbezugskarte, pro Pfund M 1,30. Montag Verkauf von Anthrazit-Kohlen beim Händler Schwartau. Die Ausgabe der Fleischkarten erfolgt am 5. August 9 bis 10 Uhr Bezirk 1, 10 bis 11 Uhr Bezirk 2, 11 bis 12 Uhr Bezirk 3; am 6. August 9 bis 10½ Uhr Bezirk 4, 10½ bis 12 Uhr Bezirk 5; am 8. August 9 bis 10 Uhr Bezirk 6, 10½ bis 12 Uhr Bezirk 7; am 9. August 9 bis 10½ Uhr Bezirk 8, 10½ bis 12 Uhr Bezirk 9.

e. Eine Sitzung der Gemeindevertretung findet am Dienstag, 5. August, abends 8 Uhr, im Rathause statt. Auf der Tagesordnung stehen die noch nicht erledigten Punkte der letzten Sitzung.

e. **Lokstedt.** Zur Kriegerheimkehr. Der Reichsbund deutscher Kriegsbeschädigter, Ortsgruppe Lokstedt, hielt eine gut besuchte Versammlung ab. Beschlossen wurde, eine Feier mit Essen zu Ehren der heimkehrenden Kameraden im Vereinslokal abzuhalten und ihnen nach dem Stand der Unterstützungskasse ein Geldgeschenk zu überreichen. Mit den anderen Lokstedter Vereinen und dem Gemeindevorstand soll in Verbindung getreten werden. Die Ortsgruppe hat in kurzer Zeit ihren Mitgliederbestand mehr als verdoppelt. Nachdem Bericht über die Gründung der amtlichen Fürsorgestelle des Kreises Pinneberg erstattet, wurde über das am Sonnabend, 23. August, zugunsten der Unterstützungskasse stattfindende Fest beraten. Es wurde beschlossen, nachmittags ein Kinderfest mit Gesangsvorträgen zu veranstalten. Neu in den Vorstand wurde Kamerad Jänsch gewählt.

Wandsbeck und Umgegend.

Gewerkschaftskartell Wandsbeck.

Mittwoch, den 6. August, 7½ Uhr abends, beim Genossen Högerl, Ecke Hirsch- und Dietrichstraße, Versammlung aller Betriebsräte, Bau- und Geschäftsdelegierten Wandsbecks. Die Tagesordnung lautet: „Die Aufgaben unseres Rätesystems".

Recht zahlreichen Besuch erwartet

Die Kommission. J. A.: E. Heilmann.

Sonderverteilung. Am Dienstag, 5. August, erhalten: 1. Stillende und werdende Mütter je ein halbes Pfund Reis zum Preise von M 2,40 das Pfund; 2. a) Kinder im ersten und zweiten Lebensjahre je ein halbe Pfund Reis, b) Personen vom 70. Lebensjahre ab ein halbes Pfund Reis zum Preise von M 2,40 das Pfund. Die stillenden und werdenden Mütter haben Abschnitt 1 des Berechtigungsscheines für August, Kinder und Personen vom 70. Lebensjahre ab Abschnitt 14 des Berechtigungsscheines abschneiden zu lassen. Die abgetrennten Abschnitte sind dem Verkäufer gesammelt an die Lebensmittelkommission, Rathaus, Zimmer 9, abzugeben. Folgende Geschäfte geben ab: L. Berkhahn, Kampstraße 84; S. Behrens, Langestraße 57; H. Stück, Litzowstraße 47; A. Rehder, Zollstraße 50. Ware ist für alle Berechtigten vorhanden, so daß ein Anstehen völlig zwecklos ist; nötigenfalls liefert die Einkaufsgenossenschaft nach.

Elterngemeinschaft zur Förderung der Jugendspiele. Jungen und Mädels Wandsbecks! Diese Woche finden wiederum drei Wanderungen statt. Am Montag, 4. August: Boberger Dünen; Mittwoch, 6. August: Hülsenberge; Donnerstag, 7. August: Fischbecker Heide. Karten à 20 ₰ sind zu haben bei: P. Künder, Bergstr. 16, 3. Et., H. Reichardt, Bramfelderstr. 61, Neugebauer, Manteuffelstr. 36, 3. Et., K. Mohr, Kampstr. 94, 2. Et., und beim Turnlehrer. Fahrkosten nach den Hünsenbergen und der Fischbecker Heide M 1,50. Am Sammelplatz werden keine Karten verabfolgt.

J. A.: K. Mohr, Führerobmann, Kampstr. 94, 2. Et.

s. **Festgenommen** wurde der Chauffeur B. aus Hamburg, der ein Auto im Werte von M 30 000 gestohlen hatte. Das Auto wurde dem Eigentümer ausgehändigt und B., der geständig ist, dem hiesigen Amtsgericht zugeführt.

Wellingsbüttel. Oeffentliche Gemeindeversammlung für Gut und Gemeinde Wellingsbüttel am Montag, 4. August, abends 8 Uhr, im Lokale von E. Michelsen. Tagesordnung: Eingemeindung des Gutes Wellingsbüttel.

Schiffbeck. Auf Warenmarke Nr. 88 werden für die laufende Woche 5 Pfund Kartoffeln verabfolgt.

Kirchsteinbeck. In der letzten Gemeindevertretersitzung wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung jetzt nach Klasse B erfolgt, Steinbeck sei aber noch nicht in dieser Klasse aufgenommen. Ueber die Erhöhung der Ortszulagen für Lehrer wurde einstimmig beschlossen: a) Für Lehrer nach vier Dienstjahren M 400, nach acht Jahren M 500, nach 12 Jahren M 600, nach 16 Jahren M 700 und nach 20 Jahren M 800; b) für Lehrerinnen nach 4 Jahren M 200, nach 8 Jahren M 300, nach 12 Jahren M 400 und nach 16 Jahren M 500 zu zahlen. Betreffs des Krankenwagens erwartet die Vertretung Vorschläge der Gemeinde Schiffbeck, und ist dann bereit, sich mit dieser darüber zu verständigen. Die Regelung mit den Anliegern der verschiedenen Straßen wird der Wegebaukommission übertragen. Die Sitzungen der Gemeindevertretung sollen künftig um 7 Uhr beginnen.

Kirchsteinbeck. Fleisch- und Einfuhrzusatzkartenausgabe am Montag, 4. d. M., nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Abschnitte sind mitzubringen.

i. **Alt-Rahlstedt.** Zur Kartoffelversorgung gibt die Gemeinde bekannt, daß Kartoffeln bei sämtlichen Gemüsehändlern vorrätig sind. Es werden 5 Pfund pro Kopf auf den Abschnitt 2/2 der Kartoffelkarte abgegeben.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Lebensmittel** gibt es in Wilhelmsburg in der kommenden Woche wie folgt: Brot und Zucker wie gewöhnlich. Nährmittel: 200 g auf die Marke „Grieß" und 500 g auf die Marke „Graupen". Die Preise sind: Jägersuppen 98 ₰, Braune Suppen M 1,06, Kartoffelsuppen M 1,06 je Pfund. Amerikanisches Weizenmehl: Auf Marke 3 der Warenbezugskarte, gültig für die Zeit vom 3. bis 9. August 1919, 200 g. Amerikanisches Schweinepökelfleisch und Auslands-Speisefett: 125 g bzw. für Kinder unter 6 Jahren 60 g zum Preise von M 4,15 je Pfund. Ferner 50 g Auslandsspeisefett zum Preise von M 5,40 je Pfund. Zusatznährmittel: Für Kinder im 1. Lebensjahre ½ Pfund. Die Kinder im 2. Lebensjahre erhalten auf die Marke 16 der grauen 1 Liter-Vollmilchkarte je 1 Pfund. Butter: 50 g. Aufstrich: 250 g. Magermilch und Buttermilch: 1 Liter je Person und Woche, soweit Vorrat reicht. Vollmilch: Die auf den Milchkarten angegebene Milchmenge, soweit Vorrat. Kartoffeln: 7 Pfund zum Preise von 20 ₰ je Pfund.

w. **Brennholz und Torf.** Nach vielen Bemühungen ist es der Wilhelmsburger Gemeindeverwaltung wieder gelungen, Brennholz heranzuschaffen. Infolge der überaus schwierigen Lage, in die wir im kommenden Winter mit unserem Hausbrand kommen werden, kann nur allen geraten werden, sich soweit wie möglich mit Holz einzudecken. Der Zentner kostet M 6. Außerdem stellt die Gemeinde Torf zum Preise von M 7 pro Zentner zur Verfügung. Bestellungen werden im Zimmer 8 des Rathauses entgegengenommen.

w. **Neue Kleinhandelshöchstpreise für Milch und Butter in Wilhelmsburg.** Die Kleinhandelshöchstpreise für Milch und Butter sind mit Wirkung vom 2. August ab wie folgt festgesetzt: Vollmilch je Liter 64 ₰ ab Laden, Mager- und Buttermilch je Liter 40 ₰ ab Laden, Butter M 4,90 pro Pfund.

w. **Die neuen 50-₰-Wechselscheine der Stadt Harburg** sind ausgegeben worden. Damit verlieren die alten von der Stadt ausgegebenen Scheine vom 17. Mai 1917 mit dem 15. August ihre Gültigkeit. Sie müssen bis dahin in der Kämmereikasse, Abteilung I, eingelöst sein.

w. **Raub.** Bei einem Einbruch in Georgswerder beim Landwirt Dangers erbeuteten fünf mit Revolvern bewaffnete Räuber M 4000, ein Sparkassenbuch und sonstige Wertsachen.

Schleswig-Holstein.

Zu der bevorstehenden Volksabstimmung in Nordschleswig sind alle diejenigen Personen, die vor dem 1. Januar 1900 in einer der beiden Stimmzonen geboren sind, abstimmungsberechtigt, auch wenn sie auswärts ihren Wohnsitz haben. Der Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein in Kiel fordert alle abstimmungsberechtigten Personen auf, ihre Adressen unter Angabe des Geburtsortes und Geburtstages einzusenden, damit dieselben in die betreffenden Listen eingetragen werden. Den einzelnen Stimmberechtigten werden sodann später genaue Verhaltungsmaßregeln und ein Antragsformular zugestellt, das sie polizeilich beglaubigen lassen und mit einer Geburtsurkunde bezw. einem Taufschein, bei Ehefrauen, auch einer Heiratsurkunde, an den ihnen benannten Vertrauensmann ihres Geburtsortes senden müssen. Für die Reise zur Abstimmung wird freie Fahrt dritter Klasse, auf Wunsch auch freie Unterkunft, und wenn erforderlich, freie Verpflegung gewährt. Dringend wünschenswert ist es, für die Abstimmung einen Paß mitzubringen. Da die Meldungen der in Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend wohnenden zahlreichen Stimmberechtigten bisher leider sehr gering waren, so hält es der Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein für praktisch, wenn sich in den verschiedenen Stadtteilen Hamburgs und Umgegend wohnende Damen und Herren bereit fänden, die Sache in die Hand zu nehmen und damit den Ausschuß tatkräftig zu unterstützen. Damen und Herren werden daher hiermit aufgefordert, ihre Bereiterklärung unter Angabe ihrer genauen Adressen an P. Bahnsen, Hamburg 30, Hoheluftchaussee Nr. 117, 3. Etage, einzusenden, der die Weiterleitung an den Ausschuß in Kiel übernimmt. Aber auch alle schriftlichen Meldungen von Abstimmungsberechtigten werden von P. Bahnsen entgegengenommen und an die zuständige Stelle weitergegeben.

Besenhorst. In der letzten Gemeindevertretersitzung, unter Vorsitz des Gemeindevorstehers Genossen Zimmer, wurde zunächst die Erhöhung der Lichtpreise beschlossen, für Lichtstrom auf 65 ₰ für Kraftstrom auf 40 ₰. Von dem Bericht des Kreisarztes über seine erste Untersuchung der schulpflichtigen Kinder wurde Kenntnis genommen. Die Antwortschreiben der Bergedorf-Geesthachter Bahn auf den Einspruch gegen die Preiserhöhung gaben zu erneuter Stellungnahme Anlaß. Es soll eine mündliche Verhandlung der beteiligten Gemeinden mit dem Vorstand angestrebt werden. Die kleineren Vorlagen: Vermietung einer Wohnung im Gemeindehaus, Anbringung eines neuen Bekanntmachungskastens, Vergebung der Bauarbeiten für die Postagentur, Nachbewilligung zu den Amtsunkosten, wurden angenommen. Dem Elternrat wurde fürs Rechnungsjahr ein Betrag bis zu M 100 zur Verfügung gestellt. Darauf vertrauliche Sitzung. Nach Erledigung von Unterstützungssachen und Besprechung der Angestelltenverhältnisse wurde die Sitzung nach über fünfstündiger Dauer geschlossen.

Garstedt. In der Versammlung der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen am 26. Juli wurde nach einem Referat von Bernstein-Hamburg der Anschluß an den Reichsbund beschlossen. Sämtliche Versammlungsbesucher traten der Ortsgruppe bei. Es wurden gewählt: Crezelius, 1. Vorsitzender, Ahsmussen, 2. Vorsitzender, Joh. Harder, Schriftführer, W. Lüdemann, Kassierer, Joh. Lüdemann und Frau E. Bargmann, Beisitzer. Zwecks Gründung eines Empfangskomitees für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen soll mit der Gemeinde in Verbindung getreten werden. Kostenlose Auskunft über Renten- und Versorgungsansprüche gibt Crezelius, desgleichen werden die dazu erforderlichen schriftlichen Arbeiten unentgeltlich ausgeführt. Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinslokal Sellhorn-Timm statt. Neuaufnahmen werden in den Versammlungen sowie vom Kassierer Lüdemann entgegengenommen.

Kleine Chronik.

Gehobene deutsche Schiffe in Scapa Flow. 21 Schiffe der deutschen Flotte, die in Scapa Flow versenkt wurde, sind gehoben worden und man erwartet ihre Ueberführung in die Trockendocks. Es handelt sich um den Kreuzer „Baden", die leichten Kreuzer „Bremen", „Frankfurt" und „Nürnberg" und 17 Torpedoboote. Das einzige Schiff, das bis jetzt zu heben unmöglich war, ist der „Hindenburg", von dem man noch die Masten und die Schornsteine über das Wasser ragen sieht. Es würde eine sehr schwere Arbeit sein, auch dieses Schiff zu heben, und die Friedenskonferenz wird erst darüber Beschluß fassen, ob man diese Arbeit übernehmen soll. Alle anderen Schiffe sind im tiefen Wasser versunken und man verzichtet darauf, sie zu heben. Insgesamt bleiben also 53 deutsche Schiffe auf dem Meeresgrunde.

Zeugnisverweigerung eines Redakteurs. Ein interessanter Fall der Wahrung des journalistischen Berufsgeheimnisses hat sich dieser Tage in Berlin ereignet. Dort wurde gegen den Führer der Bankbeamtenbewegung Marx verhandelt, der im Verdacht steht, seinem kommunistischen Kollegen Emonts zur Flucht verholfen zu haben. Es waren nun eine Anzahl Pressevertreter geladen, die bei der betreffenden Versammlung der Bankbeamten anwesend waren, in der Emonts auftauchte und wieder verschwand. Der Redakteur Bernstein von der „Vossischen Zeitung" verweigerte seine Aussage mit Rücksicht auf das Berufsgeheimnis und erklärte, nur aussagen zu wollen, wenn der Angeklagte ihn von der Schweigepflicht entbinde. Marx seinerseits überließ es dem Zeugen selbst, der dann bei seiner Weigerung blieb und nichts aussagte. Seitens der Staatsanwaltschaft will man sich nun an den deutschen Presseverband wenden, um zu bekunden, ob das Verhalten Bernsteins vom Pressestandpunkt aus gerechtfertigt ist.

Der Kampf gegen die Geldfälschung. Von unterrichteter Seite wird dem „Vorwärts" mitgeteilt: Die dieser Tage erfolgte Errichtung einer besonderen Falschgeldabteilung bei der Reichsbank soll ein inniges Zusammenarbeiten zwischen den technischen Sachverständigen der Bank und der Kriminalpolizei gewährleisten. Sie soll weiter die Kriminalbeamten instand setzen, das aus dem ganzen Reich bei der Reichsbank zusammenlaufende Material in Falschgeldsachen zu verwerten und jede irgendwo auftauchende erfolgversprechende Spur unverzüglich zu verfolgen. Auch den reisenden Fälscherbanden, welche in einer Stadt ihre Falsifikate anfertigen und sie dann von Stadt zu Stadt reisend umsetzen, und denen bisher die lokale Begrenzung der polizeilichen Zuständigkeit zugute kam, wird so wirksamer entgegengetreten werden können. Vor allen Dingen beabsichtigt man durch Bereitstellung reicher Mittel für Belohnungen an das Publikum sich der Mithilfe der Bevölkerung zu versichern. Die Falschgeldabteilung unterhält sowohl auf der Reichsbank, im Hause Kurstraße 49, 2. Et. (Tel.: Amt Zentrum 8705) als auch auf dem Berliner Polizeipräsidium, Alexanderstraße 3/6, Zimmer 62 a, Hausanschluß 436, ein Bureau, in dem Mitteilungen aus dem Publikum entgegengenommen werden.

Eintritt der Ebbe und Flut in Hamburg

am 3. August:
Ebbe: 10 Uhr 1 Min. nachm. | Flut: 5 Uhr 7 Min. nachm.
am 4. August:
Ebbe: 10 Uhr 42 Min. nachm. | Flut: 5 Uhr 54 Min. nachm.

Neueste Nachrichten.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

WTB. **Amsterdam**, 2. August. Der Vorsitzende verlas ein Telegramm einer italienischen Gewerkschaft. Die Kommission unterbreitete folgende Resolution zur Konferenz von Washington: Die Konferenz des internationalen Gewerkschaftsbundes, die aus Vertretern Deutschlands, Englands, Oesterreichs, Belgiens, Dänemarks, Frankreichs, Spaniens, Rußlands, Luxemburgs, Norwegens, Schwedens und der Schweiz und der Tschecho-Slowakei sich zusammensetzt, drückt ihr tiefstes Bedauern aus, daß das Arbeiterprogramm so gut wie in keinem Punkte der in Bern im Februar durch die gewerkschaftlichen Organisationen der hauptsächlichsten Länder Europas aufgestellten Forderungen entspricht. Sie gibt jedoch zu, daß dieses Programm die Grundlage eines Bundes werden könnte, der nicht nur ein Bund der Regierungen, sondern auch ein Bund der Völker ist. Aus diesem Grunde erklärt sie sich bereit, der Konferenz, die in Washington stattfinden soll, ihre Mitarbeit zu verleihen unter der Bedingung: erstens daß zur Konferenz als gleichberechtigte Teilnehmer eingeladen und zugelassen werden Vertreter der Gewerkschaftsbewegung aller Länder ohne irgendwelche Ausnahmen; zweitens das als Vertreter der Arbeiterschaft die von dem dem internationalen Gewerkschaftsbunde angehörenden Landeszentralen bekanntgegebenen Delegierten anerkannt werden.— Wenn diese Bedingungen nicht erfüllt werden, so werden die bei der heutigen Konferenz vertretenen gewerkschaftlichen Landeszentralen verpflichtet sein, sich an der Washingtoner Konferenz nicht zu beteiligen. Die internationale Konferenz in Amsterdam erklärt weiter, daß in diesem Falle ihre Delegierten die Pflicht haben, energisch einzutreten dafür, daß erstens das Berner Programm als das Arbeitsabkommen angenommen werden soll, zweitens, in den Delegationen jeden Landes die Vertretung der Regierung nur aus einem Mitgliede bestehe, wie das für die Arbeiter und Unternehmer der Fall ist, drittens Beschlüsse der Konferenz gültig sind, wenn sie mit absoluter Mehrheit gefaßt werden, d. h. eine Stimme mehr als die Hälfte, nicht mit Zweidrittelmehrheit. — Die internationale Gewerkschaftskonferenz erklärt, daß diese Beschlüsse für alle in Amsterdam vertretenen Landeszentralen bindend seien. Der Berichterstatter der Kommission, Jouhaux (Frankreich), teilte mit, daß die obige Resolution von der Kommission einstimmig angenommen wurde. In der Resolution wurde prinzipiell zugegeben, daß die Washingtoner Konferenz der Beginn eines neuen Völkerbundes sein könne, jedoch unter der Bedingung, daß die Konferenz alle Länder ausnahmslos zulassen. Jouhaux erklärte, daß die Resolution daher einstimmig und diskussionslos angenommen werden möchte.

Zum Sturz der ungarischen Räteregierung.

WTB. **Berlin**, 2. August. Ueber den Sturz Bela Kuns wird dem „Berliner Tageblatt" nach in Wien eingetroffenen Budapester Meldungen berichtet: Am Donnerstag hat eine Vollversammlung des ungarischen Gewerkschaftsrates unter dem Vorsitze des Präsidenten Jaszi stattgefunden, in welcher mitgeteilt wurde, daß die Entente jede Milderung der Blockade ablehnte, ja sogar eine Verschärfung beschloß. Jaszi legte die verzweifelte militärische Lage dar, und beantragte, die Räteregierung möge aufgefordert werden, zurückzutreten und die Macht dem sozialdemokratischen Ministerium zu übergeben. Um 7 Uhr abends war die Regierung Bela Kun gestürzt. Kun wurde von dem Beschluß sofort verständigt. Er berief noch am Abend eine Sitzung des Regierenden Rates der Volksbeauftragten ein, welche die ganze Nacht zum Freitag währte. Schließlich unterwarfen sich die Mitglieder der Regierung dem Beschluß des Gewerkschaftsrates. Es wurde beschlossen, am Freitag vormittag 11 Uhr im Sowjethause eine Sitzung des regierenden Rates der Volkskommissare abzuhalten, in welcher der Rücktritt der Regierung formell vollzogen werden sollte. Trotz des Beschlusses bekämpften die auf dem linken Flügel stehenden kommunistischen Regierungsmitglieder, darunter der Oberkommandierende der Roten Armee, noch in der Vormittagssitzung nachdrücklich den Rücktrittsbeschluß, sie wurden jedoch mit großer Mehrheit überstimmt. In einer Nachmittagssitzung der Budapester Arbeiter- und Soldatenräte begründete der Stellvertreter der Volkskommission des Innern, Ronai, den Rücktritt der Räteregierung. Die Regierung habe sich am 21. März die Errichtung der Diktatur des Proletariats mit Hilfe dreier Faktoren zum Ziele gesetzt: Weltrevolution, militärische Hilfe Rußlands, und Opferbereitschaft des Proletariats. Da alle drei Faktoren versagten, sah sich die Räteregierung genötigt, die Macht in die Hände der Gewerkschaften zu legen. Bela Kun gab der Versammlung den Beschluß der Regierung bekannt, und sagte u. a., die Räteregierung müsse die Macht den Gewerkschaften übergeben, um zu verhindern, daß der Feind Ungarn seiner Produktionsmittel beraube.

Nach weiteren Meldungen ist die Nachricht von dem Sturze Bela Kuns von der Volksmenge mit tosendem Jubel aufgenommen worden, auch von den Soldaten in den Kasernen wurde sie begeistert begrüßt.

Auf Bitten der neuen Regierung sandte die Wiener Ententemission einen italienischen Offizier an die Front, der den Rumänen den Befehl übermitteln sollte, sofort den Vormarsch einzustellen.

WTB. **Wien**, 2. August. Korrespondenzbureau. Bela Kun, der eine Aufenthaltsbewilligung für Deutsch-Oesterreich erhalten hat, ist in Wien eingetroffen und wird im Internierungslager untergebracht.

WTB. **Budapest**, 2. August. Meldung des Ungarischen Telegraphen- und Korrespondenzbureaus. Die Regierung erließ eine Proklamation an das Volk Ungarns, in der es heißt: Die Ententemächte richteten ein Ultimatum an uns. Sie forderten, daß die auf dem Boden des Rätesystems stehende Regierung durch eine andere Regierung abgelöst werde. An diese Bedingung knüpften sie den Beginn von Friedensverhandlungen. Die Regierung war der Meinung, daß gegenwärtig ein Widerstand den Ententemächten gegenüber nur zu nutzlosem Blutvergießen führen würde. Deshalb legte sie ihre Betrauung zurück. Die vorläufige Verwaltung des Landes wurde entsprechend einem Beschluß des Zentralarbeiterrates durch die neue Regierung übernommen, die sich aus den Führern der disziplinierten bewaffneten ungarländischen Gewerkschaften konstituierte. Die neue Regierung stützt sich auf die Kraft der selbstbewußten organisierten Arbeiterschaft. Ihr Ziel ist die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Beginn von Verhandlungen mit den Ententemächten. Wir haben keinen Grund, zu verzagen. Wir halten kräftig die Theiß-Front. Aber auch zu Hause ist Disziplin und Standhaftigkeit notwendig. Die neue Regierung vertraut darauf, daß die organisierte Arbeiterschaft weder das Treiben der Gegenrevolutionäre noch der Plünderer dulden wird. Wer die Ruhe und die Disziplin verletzt, den wird die Regierung mit ihrer vollen Macht zu treffen wissen. Mit der Aufrechterhaltung der Ruhe und Disziplin beauftragte die neue Regierung den Kriegsminister.

Riesenstreiks in Amerika.

WTB. **Chicago**, 2. August. (Reutermeldung.) Ungefähr 100 000 Laden- und Eisenbahnangestellte in Chicago legten die Arbeit nieder. Meldungen aus Atlanta und Georgia besagen, daß 80 000 Ladenangestellte der südlichen Staaten die Arbeit einstellten. Die Ladengehilfen traten auch in Philadelphia, Boston, Denver und anderen wichtigen Handelsmittelpunkten in den Ausstand.

Versammlungs-Kalender.

Sonntag, 3. August:

Schiffsreiniger und Kesselreiniger, morgens 9 Uhr, Petersen, Eimsbütteler Straße 12.

Hauswarte, morgens 9 Uhr, Grossow's Gesellschaftshaus, Schauenburger Straße 12.

Schachtmeisterverband, 9½ Uhr, Kunzens Gesellschaftshaus, Reimannstr. 5.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer, Sektion Baumaschinisten, nachm. 3 Uhr, Böttger, Brackdamm.

Zimmerer, Bezirk 11, Winterhude, 9½ Uhr, Schulz, Winterhuder Marktplatz.

Montag, 4. August:

Metallarbeiterverband, Mitgliederversammlung, 7 Uhr, großer Saal, Gewerkschaftshaus.

Reichsbund, Sektion Hinterbliebene, Bezirk St. Pauli, 7½ Uhr, Kroth, Erichstraße 63.

Sozialdemokratischer Zentralverein, Ortsverein Stellingen, 7½ Uhr, Extra-Mitgliederversammlung bei Meier, Langenfelde.

Zentralverband proletarischer Freidenker, Volksversammlung, 7½ Uhr, Clausen, Beim alten Schützenhof 4, Barmbeck.

Eisenbahnerverband, Delegierten- und Vertrauensmännersitzung, 7 Uhr, tiefliegendes Restaurant, Gewerkschaftshaus.

Holzarbeiterverband, Versammlung der Streikenden, vormittags 10 Uhr, Musiksaal, Gewerkschaftshaus.

1. Distrikt, Ausschuß-Sitzung, 8 Uhr, Hörsaal, Gewerkschaftshaus.
2. Distrikt, Sitzung, 7½ Uhr, Schule Eilbeckta 37, 1. Stock, Lesezimmer.

Vertrauensleute Distrikt St. Georg-Süd, Sitzung 7½ Uhr, bei Käcker.

Zentralverband der Hausangestellten, Oeffentliche Versammlung, 7½ Uhr, Aula des Lyzeums, Altona.

Altona. Oeffentliche Mitgliederversammlung, 7 Uhr, bei Paasch, „Donnerburg", Donnerstraße. In Frage kommen sämtliche Straßen, die innerhalb folgender Grenzlinien liegen: Bahnhofstraße, Hohenzollernring, Treskowallee, Papen- und Bismarckstraße. Mieter dieses Bezirks, erscheint in Massen in dieser Versammlung!

Wellingsbüttel. Oeffentliche Gemeindeversammlung für Gut und Gemeinde Wellingsbüttel, 8 Uhr, bei Michelsen.

Hierzu eine Beilage.

Kranken- u. Sterbekasse zu Hamburg
früher Krankenkasse des Bildungsvereins (E. H. 63).
(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.)
Bureau: Gerhofstr. 38, I. — Telephon: Hansa 4113.
Die Kasse ist in vier Abteilungen eingeteilt.
Abteilung A.
Gewährt ausser freier ärztlicher Behandlung und Medizin sowie Brillen, Bruchbändern und kleinen Heilmitteln für nachstehende Beiträge ein Krankengeld
Kl. 1: Wöchentl. Beitr. M 1,10, Krankeng. pro Tag M 3,30
„ 2: „ „ „ —,90, „ „ „ „ 2,70
„ 3: „ „ „ —,75, „ „ „ „ 2,25
„ 4: „ „ „ —,50, „ „ „ „ 1,50
Beitrittsgeld Kl. 1—3 M 1,50, Kl. 4 M 1.
Abteilung B.
Gewährt nur Kranken- und Sterbegeld. — **Beiträge und Leistungen:**
Kl. 1: Wöchentl. Beitrag 80 ₰, Krankeng. pro Tag M 2,80
„ 2: „ „ 70 „ „ „ „ „ 2,45
„ 3: „ „ 60 „ „ „ „ „ 2,10
„ 4: „ „ 50 „ „ „ „ „ 1,75
„ 5: „ „ 40 „ „ „ „ „ 1,40
Beitrittsgeld in allen Klassen M 1,—.
Als **Sterbegeld** wird in beiden Abteilungen der vierzigfache Betrag des täglichen Krankengeldes gezahlt.
Abteilung C. Familienversicherung, in beiden Abteilungen, für freiärztliche Behandlung im Hause. Dauer des Anspruchs auf ärztliche Hilfe 26 Wochen. Beitrittsgeld 20 ₰. Monatlicher Beitrag M 1,40.
Abteilung D. Sterbegeldversicherung.
Für Mitglieder dieser Abteilung wird ausser dem Sterbegeld aus der Abteilung A oder B ein weiteres Sterbegeld gezahlt.
Beiträge und Leistungen sind:
Klasse 1: Monatlich 50 ₰, Sterbegeld bis zu M 160,—
„ 2: „ 25 „ „ „ „ „ 80,—
Aufnahme von Mitgliedern vom 14. bis zum 50. Lebensjahre **im Hauptbureau, Gerhofstrasse 38, I.**, werktäglich von 8½ bis 4 Uhr, Sonntags von 9 bis 11 Uhr vormittags. (Festtags geschlossen.) Ebenso werden Beitrittserklärungen von 4 bis 6 Uhr nachmittags bei **nachstehenden Bezirkskassierern** entgegengenommen:
Bez.: 1. **R. Denker**, Rosenhofstrasse 12, part. 2. **W. Braasch**, Heußweg 106, Hochparterre. 3. **F. Köster**, Kraienkamp 6, I. 4. **Hauptbureau**, Gerhofstrasse 38, I. 5. **B. Nolle**, Brennerstrasse 80/82, I. 6. **P. Grahl**, Billhorner Röhrendamm 251, I. 7. **A. Beinsen**, Eilbeck, Schlegelsweg 11, I. 8. **C. Höltje**, Weidestr. 40. 9. **C. Bremer**, Erikastrasse 47, II. 10. **A. Rode**, Altona, Schauenburgerstrasse 112, I. 11. **C. Hoffmann**, Louisenweg 49, Hochparterre. 12. **F. Gotzel**, Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich 80.
Die in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg und den Hansestädten wohnenden männlichen Personen können bis zum Alter von 50 Jahren der Abteilung B und D beitreten. Ebenso können die nach den genannten Provinzen verziehenden Mitglieder in der Kasse verbleiben, wenn sie der Abteilung B angehören oder zu dieser übertreten.
Zahlstellen sind bisher errichtet:
Altrahlstedt, **F. Apholz**, Grubes Allee 8.
Bergedorf, **H. Schulz**, Hassestrasse 14, part.

Großer Verkauf in

Papier- u. Schreibwaren

Briefpapier

Kassette „Fein Leinen" 1.95
25 Bogen u. 25 undurchsichtige Umschläge 2.90,

Kassette „Magnet" 3.45
25 Bogen und 25 Umschläge

Kassette „Rosenleinen" 5.25
25 Bogen und 25 Umschläge

„Die Leistung" 6.90
50 Blatt geblockt und 25 Umschläge

Elfenbein-Papier 6.90
Packung 100 Bogen und 100 Umschläge

Kassette „Bunter Kranz" 7.90
50 Bogen und 50 Umschläge

Vornehmes Briefpapier 8.90
25 Bogen und 25 Umschläge

Mappe „Thalia" 3.45
vorz. Elfenbeinpap. m. Seidenfutter, Herrenformat, 25 Bog. u. 25 Umschl.

Leinenpapier in Mappen 1.90
25 Bog. u. 25 Umschl. 3.25, 2.90, 2.45

Servietten 1.75
in farbig und weiß ..... 100 Stück

Tischläufer 1.45
bunt ..... Stück 2.25,

Postkarten-Alben 1.65
für 100 Stück ..... 4.—, 3.50,

Postkarten-Alben 3.75
in Stoffeinband ..... Stück

Briefsiegel 60 ₰
in hübschen Ausführungen . Karton 65,

Batik-Alben und Batik-Schreibmappen.

Schrank-Papier 1.25
blau ..... Rolle 10 Meter

Butterbrot-Papier 1.35
Pergament ..... 100 Blatt

Salizyl-Pergament-Papier für Einmachezwecke Rolle 75 ₰

Kaffee-Filtrierpapier
chemisch rein ..... 50 Blatt 95 ₰

Toilette-Papier 45 ₰
in Rollen, Krepp und glatt . 1.—, 65,

Tablettdecken und Tortenpapier.

Reichhaltige Auswahl in

Kontorartikeln, Mal- und Zeichen-Utensilien.

Drucksachen-Annahme für Privat- und Geschäfts-Bedarf.

Schreibblocks

„Pebar" Oktavformat
gutes Leinenpapier ..... 50 Blatt 1.90

„Seegeltung" Quartformat
liniiert, kariert und glatt ..... 50 Blatt 2.35

„Dom-Post" Oktavformat
gutes Elfenbeinpapier ..... 80 Blatt 2.45

„Hindenburg" Oktavformat
gutes Elfenbeinpapier ..... 50 Blatt 2.75

„Holsatia" Quartformat
glatt ..... 100 Blatt 3.75

„Seemöve" Oktavformat
in verschiedenen Farben ..... 100 Blatt 4.25

„Seemöve" Quartformat
in verschiedenen Farben ..... 100 Blatt 4.90

Kinder-Briefpapier 1.85
in reizenden Ausführungen Karton

Wandsprüche, Handmalerei 3.25
in reizender Ausführung .....

Rudolph Karstadt

Kommandit-Gesellschaft

Mönckebergstraße.

HERMANN

Billige Kleiderstoffe:

Reinwollener Kleiderstoff doppeltbreit, in versch. Farben Meter 17.50

Reinw. Kostümstoff 130 cm breit, in verschied. Farben Meter 29.75 45.00

Reinw. Kostümstoff schwere Qualität, in schwarz u. farbig, 130 cm breit .... Meter 37.50

Reinwollener Voile schwarz und farbig 110 cm breit, Meter 37.50 29.50

Herren-Anzugstoffe
140 cm breit, gute Qualität, Meter
29.50 55.00 65.00

Besonders billig!

Damen-Hemden
aus festem Hemdentuch
Stück 16.50

Korsetts
aus gut. fest. Leinenstoff (weiß) tadellos. Sitz
27.50 33.50

Reisegepäck-Versicherung
[illegible]

Skatklub „Altenburg". Sonntag, 5 Uhr: **Preis-Skat** bei A. Baumgarn, Feßlerstr. 6.

Skatklub „Kreuzbube". Sonnt., 5½: **Eier-Preisskat** b. E. Wasmund, Vereinsstr. 24.

Piano, sehr gut erhalten, für M. 1200 zu verkaufen. Gerhofstr. 9, Hochpt. r.

Jung. strebs. Handw. sucht z. Gründ. eines Geschäfts per 1. Sept. M. 3000. Sicherh. vorh. Wert. Off. u. M. 8000 a. d. Fil. d. „Echo", Diagonalst. 24, p.

Die Zuschneidekunst für Herrenkleidung. Fachlehrbuch ersten Ranges M. 17,75. Die Damenschneiderei 23,50 Buchführung 5,75. Richtig Deutsch 5,75. Französisch 5,75. Englisch 5,75. Polnisch 5,75. Fremdwörterbuch 5,75. Rechtschreibung, Duden, 7,15. Rechnen 5,75. Rechtsformularbuch 5,75. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5,50. Guter Ton und feine Sitte 5,75. Tanzlehrbuch 3,35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. 6000 Rezepte z. Handelsartikeln 15. Rechenhelfer 4,70. Lohnrechner 2. Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft 13 35. Gegen Nachn. **L. Schwarz u. Co., Berlin,** E 14 c, Annenstr. 24.

Sonderabteilung:
Theater- und Konzertagentur
des Reisebureaus
Walter Bamberger
Hamburg 30. Fernspr. Nordsee 2296.

Demnächst finden folgende **Theaterveranstaltungen** unter Zugrundelegung des **volkstümlichen Systems des Einheitspreises** mit Verteilung der Plätze durch Auslosung statt:

Donnerstag und Freitag, 7. u. 8. August, abends:
Altonaer Stadt-Theater:
Die Operette **„Das blonde Glück".**
Einheitspreis M. 2,40.
(8. Rang kommt nicht mit zur Auslosung.)

Sonntag, 10. August, nachm.:
Carl Schultze-Theater:
Näheres siehe Prospekt.

Sonnabend, 16. Aug., 4 Uhr nachm.:
Hamburger Kammerspiele:
Die Komödie **„Mandragola".**
Einheitspreis M. 2.

Ausführliche Gratis-Prospekte und Billets erhältlich bei **Wichers,** Steindamm 11, **Eckhorn,** nur Reeperbahn 140, **Giner,** Hoheluftchaussee 70, **Schiffmann,** Hamburgerstr. 94, **Saling,** Wandsbecker Chaussee 182.

Gagebiet Drehbahn
Jeden Sonntag in allen Sälen:
Jeden Mittwoch im Marmorsaal: **Ball**
2 Kapellen, Leitung Kapellmeister W. Säland.

Rennen in Farmsen
Sonntag, den 3. August
Mittwoch, den 6. August
Sonntag, den 10. August
nachmittags 2 Uhr

Arbeitervereine Uhlenhorst.

Uhlenhorster Sängerchor, Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.
Uhlenhorst. Blasorchester.

Freie Turnerschaft, Abt. Uhlenhorst, Mitgl. d. d. Arb.-Turnerbundes.
Trommler- u. Pfeiferkorps der Turnerschaft.

Großes Sommerfest
am Sonntag, 10. August, in sämtlichen Räumen des Lokals **Ude's Garten, Fuhlsbüttel,** Langenhorner Chaussee, verbunden mit **großem Festzug.**
Im neurenovierten Saal: **Tanz.**
Im Garten: **Chor- und Orchester-Konzert, Preis-Kegeln, Tombola.**
Auf der Festwiese: **Turnerische Aufführung der Damen- und Herren-Abteilung, Reigen, Kinderspiele und Unterhaltungsspiele für jung und alt.**
Abmarsch des Festzuges prüz. 12½ Uhr Ecke Weide- und Bachstraße.
Preis der Karte im Vorverkauf M. 1,50, an der Kasse M. 2. Kinder frei. — Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
Der Festausschuß.

Bildungsausschuss Wandsbeck
Wandsbecker Stadttheater (Reissner's Hotel)
Sonnabend, den 9. August:
Auf Anregung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung d. Geschlechtskrankheiten
Die Schiffbrüchigen
Ein Theaterstück in drei Aufzügen von **Brieux.**
Spielleitung: **Eugen Möbius.**
Mitwirkende: Mitglieder erster Bühnen.
Anfang 8 Uhr. — Ende 10½ Uhr.
Karten zum Preise von 50 ₰ bis M. 3 in den Verkaufsstellen der **„Produktion",** bei Herrn Stadtverordnetes **Kropp,** Wandsbeck, Volksdorferstraße 9, im Zigarrengeschäft von **Steinbock,** Wandsbeck, Kampstraße 22, an der **Theaterkasse des Bildungsausschusses Hamburg,** Gr. Theaterstraße 42, I., und an der **Tageskasse des Wandsbecker Stadttheaters.**

Freie Zeitung
Zeitschrift für sozialistische Politik.
Für Kontinentalpolitik durch deutsch-französische Verständigung,
„ Organisation der Produktion durch Räte-Kammern der Arbeit,
„ planmäßige Beseitigung des Kapitalprofits!
Erscheint täglich.
Trifft außerhalb mit **erster Post** ein.
Preis der Einzelnummer 10 Pfg.
Zu haben bei allen Straßenhändlern, Bahnhofsbuchhandlungen usw.
Abonnementspreis 2 Mk. monatlich
durch die Geschäftsstelle, Berlin NO. 43, Neue Königstraße 39.
Händler und Abonnentensammler gesucht!

Preisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft von K. Schlipf, 21. neubearb. Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbild. M. 13,35. Der Landwirtschaftslehrling 9,10. Einträgl. Gemüsebau 9,70. Gartenbuch 5,75. Kaninchenzucht 3,60. Ziegenzucht 3,60. Geflügelzucht 360. Geflügelfütterung 3,60. Entenzucht 2,20. Gänsezucht 2,20. Bienenzucht 5,—. 1000 Rezepte zu Handelsartikeln 6,—. Guter Ton u. feine Sitte 5,50. Mod. Tanzlehrbuch 3,35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5,50. Gegen Nachnahme.
L. Schwarz & Co., Berlin CS 14, Annenstr. 24.

Weisse Corallenschnüre sehr preiswert.
Martin Meyer Altona. Rathausmarkt 16.
August Geschäftsschluß 6 Uhr.

Einwohnerwehr St. Pauli.
Das Geschäfts- und Anmeldezimmer der Abteilung St. Pauli befindet sich ab **Montag, den 4. August 1919, im Nebenhaus der Realschule St. Pauli, Eckernförderstraße 82, ptr.** Anmeldezeit von 3–6 Uhr nachm.
Der Leiter der Einwohnerwehr: Bering.

Aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrende Wandsbecker wollen sich zwecks Auskunft und Erlangung von Lebensmittelkarten an die amtliche Fürsorgestelle **Kriegsgefangenenheimkehr** Wandsbeck, Bleicherstr. 1, I. wenden.

Hilf Dir selbst!
Butter, Käse und andere Milchspeisen aus Ziegenmilch bereiten sowie über **Zucht, Pflege, Fütterung, Krankheiten und Heilung der Ziegen** lehrt
Das Ziegenbuch.
Neueste 3. Aufl. M. 2 10 Nachn. von O. Gabler, Stössen i. Thür.

Reise-Gepäck-Versicherung
gegen alle Gefahren für Reisedauer oder Einzelfahrt von Haus zu Haus.
Beförderung, Spedition.
Gepäck-, Fracht- und Eilgut.
Grells Paketfahrt
ABC-Str. 44/45. Hansa 2767-68.

Wilhelm Krusemark
Rechtskonsulent
langjähriger Bureauchef des verstorbenen
Rechtsanwalts Dr. Theodor Suse.
Prakt. Berater in allen Rechtssachen, Bearbeitung von Ehe-, Alimenten- u. Strafsachen, Inkasso, Klagen, Verträge, Testamente, Gesuche und Eingaben aller Art.
Hamburg, Schauenburgerstr. 4, Hochpart.
Geöffnet von 9-7½ Uhr abends.
Fernsprecher Elbe 4021.

100 M. Belohnung
dem Wiederbringer einer entwendeten
Spitzgatt-Jolle aus Holz, 23 Fuß lang, 6½ Fuß breit. Innen, außen u. Duchten geölt.
H. Tode, Steinhöft 6, I.

Zu vk. gr. stark. Kaninchenstall f. 8 St. u. einige Jungtiere. Schröder, Glashüttenst. 111, H. c.

Sommersprossen!
Sämtliche Hautunreinheiten, Pickel, Mitesser, Röte, Leberflecke etc. verschwinden radikal durch **„Creme Helios".** In kürzester Zeit ein tadelloser Teint und zarte, rosige Haut. Preis M. 3,—, 2 Stück M. 5,50. Porto extra durch: **Laboratorium Kosmetikum, Berlin-Friedenau 17.**

Geld-Forderungen, Hypotheken, Erbschaften etc. kauft **Kaiser Wilhelmstr. 15, II.**

Brennholz-Verkauf.
Kloben- und Kleinholz en gros, en detail.
Altona, Bachstr. 14–16.

1 Gasuhr zu verkaufen. **Früchtnicht,** Kl. Bäckerstr. 10.

Blau. W.-K. zu verkaufen. Luisenweg 107, pt. l.

Billig zu verkaufen ein **1200 qm gr. Bauplatz** in zukunftreichster Gegend Bramfelds unt. günst. Beding. Makler verbeten
Bramfeld, Owiesenstr. 14.

Die Besetzung des Instandsetzungsamts Bahrenfeld und ihre Folgen.

Am Freitag früh haben Reichswehrtruppen die Betriebe des Bekleidungs-Instandsetzungsamtes des 9. Armeekorps besetzt und die Arbeiter, wie die „Volkszeitung" vom 1. August schreibt, „mit Gewalt an der Arbeit gehindert".

Der Oeffentlichkeit sei hier der Sachverhalt geschildert, wie er sich zugetragen hat:

Das Kriegsministerium hatte im April verfügt, daß sämtliche Bekleidungsämter mit geringen Ausnahmen am 1. Juli, und sämtliche Bekleidungs-Instandsetzungsämter mit einer Ausnahme am 1. August aufgelöst werden sollten. Nur die Abwicklungsstellen sollten, wie später verfügt wurde, bis 1. Oktober weiterarbeiten und die Entseuchung, Sichtung und Lagerung, sowie die Ablieferung der Restbestände an die vorgeschriebenen Stellen ausführen. — Um das Bekleidungsamt Bahrenfeld und das Bekleidungs-Instandsetzungsamt des 9. Armeekorps aber nicht an den festgesetzten Tagen auflösen zu lassen, sondern die vorhandenen Bestände aufzuarbeiten, im Interesse der Bevölkerung von Groß-Hamburg, hatte sich die sozialdemokratische Partei und auch die U. S. P. bemüht, durch die Hamburger Bürgerschaft die Weiterarbeit der Aemter beim Reich zu erwirken. Ein Ausschuß der Bürgerschaft hat alles denkbar mögliche getan, um Bestände und Weiterarbeit für Hamburg zu erwirken. Das Reich sagte zu, die Bestände zum Teil in Hamburg aufarbeiten zu lassen, aber nicht durch die Aemter, sondern durch Betriebe der Altiebervertwertungsgesellschaft und der Textil-Aktiengesellschaft. Zweimal haben Unterkommissionen versucht, alle Arbeit und alle Bestände für Hamburg zu behalten. Am Ende erklärte aber die Reichsregierung selbst, die Schließung der Aemter nicht rückgängig machen zu können. — Indessen war auch bereits eine Verfügung erlassen, daß Arbeiter, die vor dem 15. Juli kündigen wollten, ohne weiteres ausscheiden durften, und daß diesen Arbeitern für zwei Wochen Lohn ausgezahlt werden sollte. Daß das Bekleidungsamt Bahrenfeld am 1. Juli nicht geschlossen wurde, ist auf Antrag des Parteivorsitzenden Leuteritz vom Senat bei der Reichsregierung erwirkt worden.

Da über das Fortbestehen des Bekleidungs-Instandsetzungsamtes (B. J. A.) kein klarer Entscheid zu erreichen war, wurde die Stimmung der Arbeiterschaft dort natürlich immer ungewisser und unruhiger. Das ist begreiflich. Der Betriebsrat rechnete, mußte rechnen mit der Tatsache der Schließung des Amtes wie verordnet, und nahm bereits Stellung zu dem, was dann geschehen soll. Der Betriebsrat hatte die Absicht, etwa 70 pZt. der Gesamtarbeiterschaft, die sich nicht, wie die „Volkszeitung" sagt, auf 1200, sondern auf 3000 beläuft, weiter zu beschäftigen. Es sollten zunächst nur unverheiratete junge Leute entlassen werden. — **Diese Pläne des Betriebsrates sind aber in einer Weise durchkreuzt worden, wie es jammervoller nicht geschehen kann.** Durchkreuzt worden zum Schaden der Arbeiter des Betriebes durch Mitglieder der U. S. P., die mit Mitteln der U. S. P. die vorhandene Ungewißheit zu parteipolitischen Zwecken ausbeuten wollten.

Schon stets, besonders aber als der Termin der Schließung der Werkstättenbetriebe näher rückte, wurde in Ausschußsitzungen bereits Stimmung für U. S. P. gemacht. Immer wieder betonten dieselben U. S. P.-Streiter, wenn die Betriebe geschlossen würden, dann würden nur die „Mehrheitssozen", wie man im Kaschemmenton vieler Betriebsagitatoren der U. S. P. die Sozialdemokratische Partei nannte, die Schuld tragen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Argumentation in den letzten Tagen des Juli. Die Erregung wurde von einigen dieser Helden geradezu gewissenlos aufgepeitscht. Der Gipfel der Aufpeitschung wurde in einer Zusammenkunft der Gesamtarbeiterschaft der Betriebe des B. J. A. am Donnerstag nachmittag erreicht. Diese Zusammenkunft wurde beherrscht von den gleichen U. S. P.-Anhängern, die schon immer die Stimmung für ihre Partei ausschlachten wollten, und die dort kritik- und verantwortungslos auf Beschlüsse und Entschließungen hinarbeiteten, die verantwortungsvolle Führer oder nur gewissenhafte Arbeitskollegen nie und nimmer erstreben dürfen. In durchaus wildem Versammlungsverlauf (Antragsteller sprangen auf die Tische, stellten Anträge und ließen sofort, trotz allseitiger Unruhe und Unaufmerksamkeit und ohne Aussprache abstimmen und machten auch sogleich bekannt: Der Antrag ist einstimmig angenommen) wurden folgende **Beschlüsse** gefaßt:

1. Die gesamte Arbeiterschaft arbeitet weiter, die Arbeitszeit wird verkürzt auf 7 Stunden, damit keine Entlassungen vorgenommen werden brauchen; 2. wurde ein Siebenerkommission gewählt, die die Geschicke der Arbeiterschaft des B. J. A. in die Hand nehmen sollte; 3. der Betriebsrat mit dem „dickfäßigen" Vorstand an der Spitze ist abgesetzt; die Ausführung dieses Beschlusses hat die Siebenerkommission zu übernehmen. — Der Vorstand sollte möglichst nicht die Treppe herunter, sondern nach bekannten Vorbildern im Sturze durchs Fenster hinabbefördert werden. 4. Wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß die Arbeiterschaft des B. J. A. mit der Arbeiterschaft des B. A. Bahrenfeld sich verpflichten, das Material gemeinsam zu verarbeiten. Kein Stück Material sollte aus dem Betrieb herauskommen. — Die Reden, die in der Versammlung gehalten wurden, waren Hetzreden übelster Sorte, und gipfelten alle in schmutzigster und haßerfüllteste Beschimpfung der Sozialdemokratie.

Die Besetzung der Betriebe durch Reichswehrtruppen, die mit dem Einverständnis des Betriebsvorstandes erfolgte, war geboten infolge des Verlaufs dieser wüsten Versammlung. Und niemand kann der Militärbehörde die Berechtigung der Sicherung ihrer Bestände abstreiten. Nunmehr ist es unmöglich, was der Betriebsrat plante. Die Intendantur hat jetzt verfügt, daß der Betrieb acht Tage geschlossen bleibt. Die Gesamtarbeiterschaft wird gekündigt und erhält für 14 Tage Lohn, ausgenommen sollen sein die am 31. Juli bereits entlassenen Unverheirateten. Nach acht Tagen sollen Neueinstellungen vorgenommen werden, bis etwa 80 pZt. der bisherigen Belegschaft, unter Fernhaltung ausgesprochen Arbeitsunlustiger. Der Betriebsrat der B. J. A. (zurzeit nur sozialdemokratische Arbeiter) wird dafür eintreten, daß auch die bereits entlassenen Unverheirateten die 14 Tage Lohn erhalten und daß bei der Einstellung ein höherer Prozentsatz berücksichtigt wird als 80 pZt. — So ist ein großer Teil der Arbeiterschaft der B. J. A. von gewissenlosen Schreiern der USP. geradezu um ihre Arbeit gebracht worden, und soll doch noch gut gemacht werden, was gut gemacht werden kann, dann muß der sozialdemokratische Betriebsrat sich dafür einsetzen, und er wird das auch tun, weil er das für seine selbstverständliche Pflicht hält. Es ist das alte, traurige Lied dieser Revolution: USP. verfährt den Karren, treibt Selbstzerfleischung bis zum Ekel, predigt Haß der Sozialdemokratie, anstatt Solidarität mit den sozialdemokratischen klassenbewußten Arbeitern. Alles in der niedrigsten demagogischen Weise, und zu dem einzigen Zweck, „Mitglieder zu fangen und die Parteikasse zu füllen", wie die „Kommunistische Arbeiterzeitung" vor einigen Tagen schrieb. Und was schrieb die „Kommunistische Arbeiterzeitung" noch? Sie schrieb das Folgende, im Verlauf des Streites um das B. J. A. zur Wahrheit Gewordene: Die hysterische Form der Kritik, mit der sie die jetzigen Machthaber im Staate überfällt, ist wie ihr ganzes revolutionäres Geschrei nichts als der Deckmantel, hinter dem sich ihre geistige Hohlheit und Unfruchtbarkeit, die konterrevolutionären Tendenzen ihres Kampfes um die Arbeiterseele verbergen. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist der gefährlichste Feind des revolutionären Proletariats, weil sie der unehrlichste, demagogischste und skrupelloseste ist.

Die Arbeiter des Bekleidungsamtes können sich jetzt auch sagen: Das stimmt bis auf das Tüpfelchen auf dem i, wir haben es erfahren.

Im Auftrage des Betriebsrates der B. J. A.:

Wolf — Herrmann.

Alles in Ordnung.

Antwort des Reichsverwertungsamtes.

Von zuständiger Stelle wird dem Wolffschen Telegraphenbureau zur Verbreitung durch die Presse folgendes mitgeteilt: Durch die Tagespresse geht ein Artikel, in dem unter der Ueberschrift „Korruption und Verschleuderung von Volksvermögen" scharfe Angriffe gegen das Reichsverwertungsamt erhoben wurden, ohne daß sein Verfasser sich überhaupt nur der Mühe unterzogen hat, in eine Nachprüfung der Frage einzutreten, ob und wie weit das Amt zu den vorgebrachten Vorkommnissen in Beziehung steht. Denn, soweit das Reichsverwertungsamt in Frage kommt, entbehren die Angriffe jeder Berechtigung. Dem Reichsverwertungsamt liegt bekanntlich die Verwertung von Heeresgut nur insoweit ob, als das Gut von den berechtigten Stellen und nach Maßgabe der geltenden Gesetzbestimmungen zur Verwertung freigegeben ist. Welche Bewandtnis es mit dem „Geheimen Warenhaus" im Berliner Eispalast hat, ist bereits von der hierfür zuständigen Stelle in der Presse klargelegt worden. Was das Lager von Gardinenstoffen in Kassel und die großen Mengen Bett- und Leibwäsche, Handtuch- und Kleiderstoffe, Leinen, Wollwaren, Strümpfe und sonstige Bekleidungsstücke in Münster anlangt, so wurden diese infolge der drohenden Besetzungsgefahr seitens der militärischen Dienststellen freigegeben und umgehend durch das Reichsverwertungsamt dem Verbrauch zugeführt. Die in Kassel lagernden Bestände wurden zum Teil den Reichskleiderlagern übergeben und zu einem anderen Teil an Händler geliefert, wobei aber Vorsorge getroffen wurde, daß die Ware auch tatsächlich an die Selbstverbraucher abgeführt wurde. Die Vorräte in Münster sind den Kommunalverbänden der dortigen Gegend, und zwar zu deren vollen Zufriedenheit zugeführt worden. Die Behauptung, daß an einer anderen Stelle ein Schuppen mit 30 000 Bettstellen liege, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Es bleiben übrig die Bestechungen bei dem Abtransport der Bestände in Münster und die Verkäufe in Duisburg. Beide Vorkommnisse haben aber mit dem Verwertungsgeschäft an sich nichts zu tun. Da es sich aber hier um Schiebungen von Militärgut handelt, so sind vom Reichsverwertungsamt auf Grund der Verordnung vom 23. Mai die erforderlichen Strafverfolgungen zwecks vollster Aufklärung eingeleitet. Man kann nur hoffen, daß es sich nicht wieder um leere Behauptungen handelt, wie sie so oft dem Reichsverwertungsamt gegenüber geltend gemacht worden sind, sondern um greifbare Tatsachen. Denn das wäre vor allem im Interesse der großen Zeitungen wünschenswert, die in gutem Glauben jenem Artikel ihre Spalten geöffnet haben. — Die von der „Frankfurter Zeitung" mit gutem Material belegte tolle Holzgeschichte, die auch wir dieser Tage mitteilten, ist in der Erwiderung gar nicht erwähnt.

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Ueber die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im Juni 1919 berichtet das vom Statistischen Reichsamte herausgegebene Reichs-Arbeitsblatt" in seinem Juliheft wie folgt:

Die leichte Besserung der Wirtschaftslage im Mai hat im Berichtsmonat nicht angehalten. Wie ein roter Faden zieht sich durch alle dem Statistischen Reichsamte zugegangenen Berichte die Klage über einen **außerordentlichen Kohlenmangel**. Die im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat vereinigten Zechen förderten nach vorläufiger Feststellung im Juni an jedem Arbeitstage nur 228 000 To. Steinkohlen gegen 231 000 Tonnen im Vormonat und 344 758 To. im Juni 1918. Ein jeder Arbeitstag brachte also durchschnittlich einen leichten Rückgang gegen den Mai und einen Ausfall von rund 120 000 To. gegen die gleiche Zeit des Vorjahres. Da die Zahl der Arbeitstage im Juni infolge der Pfingstfeiertage nur 23 betrug, so hat die Gesamtförderung des Kohlensyndikats voraussichtlich die Höhe des Vormonats (5,77 Millionen To.) nicht erreicht. Der Rückgang beträgt in den ersten fünf Monaten des Jahres im Ruhrgebiet und in Oberschlesien fast 24 Mill. To. Dieser große Ausfall lastet umso schwerer auf dem deutschen Wirtschaftsleben, als der **Friedensvertrag** Deutschland zu erheblichen Kohlenlieferungen an die Entente verpflichtet.

Neben dem starken Rückgang der Kohlenförderung weist auch die sonstige Produktionsstatistik Deutschlands große Minderbeträge auf. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres fiel gegen die gleiche Vorjahreszeit die **Roheisenerzeugung** um 1,46 auf 2,50 Mill. To., die **Stahlerzeugung** um 2,95 auf 2,79 Mill. To. und die Erzeugung der **deutschen Walzwerke** (ohne Halbzeug) um 1,90 auf 2,13 Mill. To. An der Mindererzeugung war der Mai d. J. mit 347 414 To. Roheisen, 613 337 Tonnen Stahl und 393 315 To. Walzwerkserzeugnissen beteiligt. Diese Mengen sind durchweg höher als die fünfmonatigen Durchschnitte, obgleich die Erzeugung sich im Mai gegen den April vermehrt hatte.

Der Versand des Stahlwerkverbandes in A-rPodukten erreichte im Juni mit 115 838 To. nicht ganz die Höhe des Vormonats (116 688 To.). Gegenüber dem Juni 1918 blieb er um rund 100 000 To. zurück.

Neben dem Rückgang der Erzeugung spielen die **Verkehrsschwierigkeiten** nach wie vor eine verhängnisvolle Rolle. Die durchschnittliche Wagengestellung im Ruhrgebiet betrug in der letzten Juniwoche nur 14 000 gegen 17 000 in der ersten Woche des Berichtsmonats. In einem Werksbahnhof der Kaliindustrie z. B. hatten 140 beladene Wagen über 4 Wochen gestanden, ehe sie befördert wurden. Sendungen, die bei Entfernungen bis 400 Kilometer sonst 2 Tage beanspruchten, sind jetzt häufig bis zu 14 Tagen unterwegs. Unter den Folgen des **Eisenbahnerstreiks** hatten alle Gewerbezweige, die Sperrgüter versenden, besonders schwer zu leiden. In den Binnenhäfen mußten die Schiffe länger als sonst auf die Ankunft der Ladungen warten, wodurch auch der Schiffsverkehr verteuert wurde. Um die Lebensmitteltransporte ab Hamburg bewältigen zu können, fuhren die Schiffe leer elbabwärts, da es an dem sonst üblichen Talgut, der böhmischen Braunkohle, fehlte.

Zu allen diesen Schwierigkeiten kamen zahlreiche Streiks und andauernde Lohnerhöhungen. Gestreikt wurde nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen, manchmal auch ohne jede ersichtliche Ursache. Lohnerhöhungen wurden ohne jede Rücksicht auf die zumeist mißliche Lage der betreffenden Gewerbezweige durchgesetzt.

Unter diesen Umständen **lagen die meisten Gewerbezweige danieder.** Die Hüttenindustrie konnte aus Mangel an Kohle, gebranntem Kalk und Eisenerzen keine weiteren Hochöfen in Betrieb nehmen, die Stahlwerke waren aus Mangel an Kohle und Roheisen und die Walzwerke aus Mangel an Kohle und Halbzeug nicht imstande, ihre Betriebsanlagen voll auszunutzen. Von 18 000 deutschen Ziegeleien lagen im Berichtsmonat hauptsächlich infolge Kohlenmangels 16 500 still. Von den Zementwerken arbeitete aus gleicher Ursache nur die Hälfte. Die dringend nötige Bautätigkeit konnte trotz der günstigen Jahreszeit wegen des großen Mangels an Baustoffen nicht in dem gewünschten Umfang einsetzen. Das Spinnstoffgewerbe, die Gummi- und Tabakindustrie, die alle auf die Einfuhr ausländischer Rohstoffe angewiesen sind, konnten infolge der andauernden Blockade nur in verschwindend kleinem Maße arbeiten. Aus Mangel an Nachfrage lagen die Papiergarn- und Gewebeherstellung und die zahlreichen Ersatzindustrien der Nährmittelbranche völlig danieder.

Gut ging es eigentlich nur der Luxusindustrie, ob es sich nun um die Herstellung kostbarer Wagen und Karosserien, feiner Möbel, Parketts, Spiegel oder Schmuckgegenstände handelte. Auch in Oefen, Herden, Herdplatten und Kochgeschirren herrschte infolge der mehrjährigen Unterbrechung der Erzeugung sehr lebhafte Nachfrage. Etwas gebessert hat sich die Lage der süddeutschen Brauereien, da das warme Wetter eine starke Nachfrage nach Bier auslöste, die jedoch infolge Gerstenmangels nicht voll befriedigt werden konnte. Auch die Eis- und Kälteindustrie zog aus dem warmen Wetter und dem Eintreffen neuer Lebensmittel einigen Nutzen.

Der **Arbeitsmarkt** hat mit dem Einsetzen der **Erntearbeiten** eine geringe Entlastung erfahren. Alle vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden Deutschlands, vor allem Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, melden nach den Berichten der Arbeitsnachweisverbände einen **großen Mangel an Landarbeitern einschließlich der weiblichen Hausangestellten.** Auch im **Bergbau** fehlt es sehr an Untertagearbeitern, wie überhaupt gelernte Arbeitskräfte in allen Erwerbszweigen, mit Ausnahme des Handels, sehr gesucht werden.

Aus der Hamburger Frauenbewegung.

Versammlung der tätigen Genossinen.

Wie sehr unsere Frauenleitung bemüht ist, in Erfassung der heutigen Zeit, belebend und fruchtbringend auf das Frauenleben unserer Partei zu wirken, zeigte die vollzählig besuchte Versammlung der tätigen Genossinnen am 31. Juli im Gewerkschaftshaus. Zunächst referierte Genosse Roß über: „Die sozialistischen Parteien". Die Ausführungen des Referenten legten in einfacher, verständlicher Form die Entstehung und Entwicklung des Sozialismus dar und die sich daraus ergebenden Parteien mit ihren Kampfmethoden. Kampf habe es stets gegeben und sei auch zur Schaffung von Klarheit für gemeinsame Aktionen notwendig. Um so mehr sei es unsere Pflicht, alle haltlosen Angriffe von radikaler Seite entschieden zurückzuweisen. Der Vorwurf, unser Sozialismus sei eine Verwässerung des Marxismus, könne uns nicht treffen. Marx, der fest auf Hegelscher Philosophie fußte, erklärte immer wieder, daß Sozialismus sich nur langsam entwickeln könne. Politische Umwälzungen vollziehen sich plötzlich — soziale entwickeln sich langsam. Unser Weg sei die Demokratie — und die Bildungsfrage mit das brennendste Problem, da durch dieses erst das Hineinwachsen des Proletariats in den Sozialismus geschieht. — Genossin **Wierzbitzki** behandelte das Thema vom Standpunkt der Frau. Wir Frauen müssen uns ganz besonders wehren gegen die Art, wie man jetzt Revolution machen will. In diese „Freiheit" ließen wir uns nicht hineindrängen. Diese mit viel Blut erkämpfte Freiheit würde recht eigenartig aussehen, und gerade wir Frauen lehnen uns aus unserem Frauenempfinden heraus gegen jede Art von Blutvergießen auf. Wir seien jetzt jahrelang durch Leid gegangen. Wir wollen gesetzmäßig arbeiten, in friedlicher Propaganda siegen, und alle Brunnenvergiftung verabscheuen wir. Auch wir ersehnen die Weltrevolution, jedoch zum gegebenen Zeitpunkt. In der Diskussion wurde von Genossinnen **Zabe, Kähler, del'Aigles** die Rätefrage und die letzten Bekenntnisse von Lenin erörtert. Lebhaft gestaltete sich der zweite Teil der Versammlung. Es wurde die Wahl der Genossinnen **Reitze** in den Parteiausschuß mitgeteilt, auch die der Genossin **Wegbrod** in den Bildungsausschuß, und auf die nunmehr wesentlich erweiterte Frauenzeitschrift „Die Gleichheit" hingewiesen. Es wurde ferner bekanntgegeben, daß täglich von 10 bis 1 und von 5 bis 7 Uhr eine unentgeltliche Rechtsberatungsstelle im Gewerkschaftshaus eingerichtet sei; dort können die Frauen sich Auskunft in Rechtsangelegenheiten holen. Sodann trat man in die Debatte über den Antrag der Genossin **Zabe** an die Fraktion der Bürgerschaft, betreffend die Mutterschaftsversicherung ein. Die überaus lebhafte Aussprache der Genossinnen mit ihren gesammelten Erfahrungen bewies, wie außerordentlich dringend Hilfe für hoffende Mütter nötig sei. Genossin **Zabe** besonders begründete nochmals in warmen Worten ihren Antrag und fand allseitige Zustimmung. Der Antrag lautet: „Die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft solle dahin wirken, daß, solange ein großzügiger Ausbau der Mutterschaftsversicherung von Reichs wegen noch nicht erfolgt ist, der hamburgische Staat für die Durchführung der Mutterschaftsversicherung Sorge trägt. Bei der Durchführung einer derartigen Verordnung sind die vorhandenen Träger der Krankenversicherung weitgehend heranzuziehen. Außerdem wolle die Bürgerschaft veranlassen, daß mit größter Beschleunigung Wöchnerinnenwäsche (für Bedürftige unentgeltlich) zur Verteilung gelangt, und Familienberatungsstellen eingerichtet werden."

In der Frauenmitglieder-Versammlung des Distrikts Barmbeck, welche am 29. Juli im Lokal von M. Clausen (Alter Schützenhof) stattfand, sprach Genossin **Henningsen** über: „Hamburger Tagesfragen". Die Lebensmittelfrage, Höchstpreise und Kriegsküchen wurden eingehend besprochen. Auch die heiß umstrittenen Fragen: Einheitsschule, Volkshochschule, Religion behandelte die Vortragende mit treffenden Worten, und trat ganz besonders für die Jugendbewegung ein, die immer noch weiter gefördert werden müsse. An der Aussprache beteiligten sich die Genossinnen **Stolten, Wulkow, Faulsteck, Klöpper, Goerke, Kähler, Wendler** und der Genosse **Norden**. Alle Anwesenden waren außerordentlich befriedigt von dem anregenden Abend; bedauerten aber sehr, daß nur 120 Personen erschienen waren.

Mitteilungen aus den Distrikten.

Bezirk 6 (St. Georg-Süd). Das Bezirkslokal ist nach **Balduin Wagner**, Banksstraße 90, verlegt. Dienstag: Vortrag des Genossen P. Riege über: „Betriebsräte".

Bezirk 17 und 18. Gemeinsamer Bezirksabend am Dienstag, 5. August, abends 7½ Uhr, bei Jaar, Kohlhöfen 16. Fortsetzung des Vortrages „Geistige und wirtschaftliche Not". Korreferent Genosse Dr. Biensfeld.

Bezirk 22, Eimsbüttel. Dienstag, 5. August, 7 Uhr: Vortrag des Genossen Peter Petersen über: „Betriebsräte". Bei H. Bestmann, Kuruperweg 88.

Bezirk 76 (früher 36). Die Mitglieder werden hierdurch ersucht, am Dienstag, 5. August, im Lokale des Herrn O. Meyer, Talstraße 99, zwecks wichtiger Beschlußfassung recht zahlreich zu erscheinen.

Bezirke 79 und 80 (früher 39 und 40). Gemeinsamer Bezirksabend bei Scharnberg, Wilhelmsplatz, Ecke Friedrichstraße. Vortrag über: „Sozialisierung".

Bezirke 83 und 84 (früher 44). Gemeinsamer Bezirksabend am Dienstag bei F. Fienke, Balduinstr. 16. Vortrag des Genossen M. Pointel über: „Sozialisierung".

Bezirk 90 (früherer Bezirk 5). Der Bezirksabend findet am Dienstag, 5. August, abends 7½ Uhr, im Lokale des Genossen **Paul Gäde** (J. Goldhammers Nachf.) statt. Hierzu gehören folgende Straßen: Doormannsweg, Eppendorferweg 2 bis 18, Eimsbüttelerchaussee 33 bis 51 und 54 bis 70, Bellealliancestraße Nr. 23 bis 27, Lindenallee 39 bis 79, Marthastraße 28 bis 56 und 35 bis 49.

Bezirk 95 (früherer Bezirk 10) Distrikt Eimsbüttel. Dienstag, im Bezirkslokal bei F. Struck: Zusammenkunft. Es wird ein Referat über das Rätesystem gehalten.

Bezirk 110 (früher 25). Dienstag hält Genosse M. Leuteritz ein Referat über: „**Sozialismus und seine Verwirklichung**".

Bezirke 153 bis 155. Der gemeinsame Bezirksabend findet am Dienstag, abends 7½ Uhr, beim Genossen W. Seyer, Breitenfelderstraße, statt.

Bezirk 154. Dienstag beim Genossen **Hans Greve**, Falkenried 1: Vortrag über: „Sozialisierung".

Bezirke 197, 198 und 199. Bezirkslokal Restaurant „Produktion", Gust. Lanze. Vortrag: „Demokratie oder Diktatur. Referent Genosse Strauß.

Bezirke 218 und 219. Dienstag, abends 7½ Uhr, bei Markewitz, Langenrehm, Ecke Haferkamp, Vortrag über: „Das Erfurter Programm".

Bezirk 277. Bezirksabend am 5. August, 7½ Uhr, beim Genossen Rud. **Timmann**, Süderstr. 121. Vortrag „Das Erfurter Programm".

Bezirk 278. Dienstag, abends 7½ Uhr, bei Fritz Müller, Tampestr. 17, Vortrag des Genossen Begier über: „Die Gegensätze in der sozialistischen Bewegung."

Bezirk 287. Am Dienstag abend beim Bezirksgenossen F. Schwindt, Diagonalstraße 34, wichtiger Vortrag.

Bezirk 279. Am Bezirksabend Vortrag über: „Das Erfurter Programm". Beim Genossen Schlemann, Grevenweg 81.

Zahlreichen und pünktlichen Besuch aller Bezirksabende erwarten

Die Bezirksführer.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Veranstaltungen zu Vorzugspreisen.

Karten zu Vorzugspreisen werden nur an der Kasse des Bildungswesens, Große Theaterstraße 42, I., ausgegeben. Die Kasse ist geöffnet vormittags von 10 bis 1 Uhr, nachmittags von 4 bis 6 Uhr. Telephonische Anfragen nach Billetten bleiben unberücksichtigt.

Folgende Karten sind vorrätig:

Volksoper.

Montag: „Zigeunerbaron".
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: „Der fidele Bauer".

Schiller-Theater.

Montag und Dienstag: „Die Glocken von Cornebille".

Wandsbecker Stadttheater.

Sonnabend, den 9. August: „Die Schiffbrüchigen". Preise M. 2,50, M. 2 und M. 1,80.

Altonaer Stadttheater.

Täglich, außer Sonntags: „Das blonde Glück".

Conventgarten.

Täglich, außer Sonntags: „Heinrich Heines erste Liebe".

Dienstag, den 5. August 1919, abends 7½ Uhr, in Sagebiels Etablissement, Marmorsaal: **Vortrag** des Herrn Dr. Edgar v. Schmidt-Pauli, Pressevertreter der deutschen Friedensdelegation in Versailles, über **Versailles**. Persönliche Ein- und Ausblicke. Eintrittspreis 50 ₰.

Eintrittskarten sind an der Kasse des Bildungswesens, Große Theaterstraße 42, I., und an der Abendkasse zu haben.

Veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft für Volksaufklärung.

Achtung! Erwerbslose.

Folgende Fachkurse finden in der Spaldingstraße 91, Zimmer 28, statt:

Elektriker: Montag, 4. August, nachmittags 6 Uhr: Thema: Berechnen für Elektriker, Vortragender: Herr R. Möller. **Hufschmiede:** Montag, 4. August, nachm. 6½ Uhr: Wagenzeichnen, Vortragender Herr Altwasser. **Tischler und Zimmerer:** 5., 12. und 19. August, nachm. 6 Uhr: Thema: Holztreppenbau, Vortragender: Herr H. Brünings. **Metallarbeiter:** 6., 13. und 20. August, nachm. 6 Uhr: Thema: Einführung in das technische Rechnen, Vortragender: C. Wörmbcke; 7., 14. und 21. August, vorm. 8 Uhr: Thema: Verbrennungsmotoren, Vortragender: Herr O. Maier.

Fachkurse für erwerbslose Maler.

Vorträge und praktische Uebungskurse täglich, außer Montags, von vorm. 8 Uhr bis nachm. 2½ Uhr in der Staatl. Kunstgewerbeschule am Lerchenfeld.

Für alle bestehenden Kurse können noch Aufnahmen am Schalter des Bildungsausschusses, Gewerkschaftshaus, Hintergebäude, 1. Stock, entgegengenommen werden.

Fremdsprachliche Kurse.

Es ist beabsichtigt, Kurse in Französisch und Spanisch einzurichten. Anmeldungen bis zum 8. August im Bureau des Bildungsausschusses.

Am 12. August beginnt ein neuer Kaufmännischer Kursus, umfassend Handelskunde, Kaufm. Rechnen und Stenographie.

Anmeldungen bis zum 8. August im Bureau des Bildungsausschusses, Hamburg, Gewerkschaftshaus, Hinterhaus, 1. Stock.

Der Bildungsausschuß des Hamburgischen Arbeitsamtes.

Aus dem Botanischen Garten.

Gleich rechts vom Eingange an der Jungiusstraße stehen mehrere Büsche des Wasserstrauchs (Hydrangia hortensis), bei uns besser unter dem Namen Hortensie bekannt und als Zierpflanze sehr beliebt. Sie stammt mit mehreren ähnlichen Verwandten aus Ostasien, auch Nordamerika besitzt einige Arten. Jeder kennt die großen, voll halbkugeligen Sträuße in rein weißer oder rötlicher, zuweilen auch deutlich blauer Färbung. Das Weiß kann oft einen Stich ins Grünliche zeigen. Wenn wir uns die Einzelblüten genauer ansehen, werden wir darin weder Stempel noch Staubgefäße finden, alle Blüten sind unfruchtbar, und demnach für die Pflanze zwecklos. Daraus allein ergibt sich schon, daß derartige Pflanzen kein Naturerzeugnis sein können. Wohl bringt die Natur auch taube Blüten hervor, aber dann stets in Begleitung fruchtbarer, denen sie als Rahmen, als Aushängeschild, als Schauapparat dienen. So ist es auch bei den frei wachsenden Hortensien, die einen flachen Strauß kleiner unscheinbarer Blüten mit Stempeln und Staubgefäßen tragen, umgeben von einem Kranze großer, leuchtender, ohne Geschlechtsorgane. Aus solchen Blütenständen hat die Gärtnerkunst die prachtvollen Sträuße der Zierpflanzen gezogen, die sich natürlich nun nicht mehr durch Samen, sondern nur durch Ableger fortpflanzen lassen. Die Hortensie ist noch wegen einer anderen Eigenschaft bemerkenswert. Durch Begießen einer Pflanze mit eisenhaltigem Wasser kann man die weiße Blütenfarbe in blau verwandeln. — Das Auftreten von unfruchtbaren Blüten als Schauapparat ist auch bei anderen Pflanzen zu beobachten; der wilde Schneeball verhält sich ganz wie die wilde Hortensie, der Gartenschneeball wie die Gartenhortensie. Die Kornblume ist auch ein Beispiel dafür; die großen blauen Randblüten sind geschlechtslos. Noch zahlreiche andere Korbblütler machen es ebenso. Viele Doldenpflanzen, besonders die gewaltige Bärenklau (Heracleum) und manche Kreuzblütler, zum Beispiel die Schleifenblume (Iberis), im Alpinum zu sehen, nehmen eine vermittelnde Stellung ein. Die Randblüten der Blütenstände sind stark vergrößert, wenigstens nach außen hin, behalten aber noch ihre Fortpflanzungsorgane. — In der nahe gelegenen biologischen Abteilung, in der wir früher schon die Schmarotzer, die Giftpflanzen, die buntblättrigen Gewächse betrachtet haben, sind auch einige Beete mit Pflanzen, die nach den Beziehungen ihrer Blüten zu den Insekten zusammengestellt sind. Wir sehen auf den Schildern die Bezeichnungen: Fliegenblumen, Hummelblumen, Wespenblumen. Es handelt sich da um zweierlei: erstens um die Form der Blüte, zweitens um Duft und Farbe. Die Insekten sollen angelockt werden, um gelegentlich ihres Besuches die Bestäubung zu vermitteln. Natürlich muß den Tieren etwas Reelles geboten werden, sonst wird das Ziel in Frage gestellt. Honig und Blütenstaub sind die hauptsächlichsten Gaben der Blüten, in wenigen Fällen bietet die Pflanze Haftbaare oder anderweitiges saftiges Gewebe als Lohn an. Eine Anzahl Pflanzen legt sich geradezu aufs Schwindeln, sogenannte Täuschblumen, wie das Sumpfeinblatt (Parnassia), das die dummen Fliegen anlockt, ohne etwas bieten zu können, und die Fliegen fallen immer wieder darauf hinein. Die honigführenden Blüten können den süßen Saft nun in flacher Schale offen darbieten, daß er auch dem kürzesten Rüssel zugänglich ist: das sind die Fliegenblumen, auf denen wir natürlich auch alle möglichen anderen Insekten vorfinden. Als Beispiele sind angepflanzt Borretsch (Borago) und Ehrenpreis (Veronica). Wo der Honig ein wenig tiefer liegt, vor allem da, wo die Blumenkrone besondere mehr oder weniger schwer zugängliche Behälter ausgebildet hat, wie die mannigfachen Sporne, da können nur Tiere mit längerem Rüssel naschen: Wespen, Bienen, Hummeln. Die schwer sich öffnenden Blüten des Löwenmauls (Antirrhinum) sind überhaupt nur für die plumpen, gewichtigen Hummeln mit ihren langen Rüsseln da, alle anderen müssen verzichten. Es gibt aber Blüten, in denen der Honig selbst für die längstrüsselige Hummel zu tief liegt, wie beim Geisblatt oder Jelängerjelieber. Solche Blüten können nur von gewissen Schmetterlingen, den in der Dämmerung fliegenden Schwärmern, ausgebeutet und bestäubt werden. Wir wissen ja auch, daß das Geisblatt erst gegen Abend anfängt, stärker zu duften.

Das Erdgas-Vorkommen in den Marschlanden.

Das vom Reichswirtschaftsministerium über die Kohlenlage im kommenden Winter geschilderte ernste Zukunftsbild gibt dringende Veranlassung, nicht nur den Kohlenverbrauch auf das geringste, wirtschaftlich zulässige Maß einzuschränken, sondern auch alle örtlichen Energiequellen mit der äußerst erreichbaren Höchstleistung zur Unterstützung der Kohlenwirtschaft heranzuziehen.

Für Hamburg kommen in Frage einmal die besonders in den letzten Monaten allenthalben infolge der hohen Kohlenpreise abbaufähig gewordenen Torflager, anderseits das schon im Jahre 1910 in Neuengamme erbohrte Erdgas-Vorkommen.

Die ungeheuren Gasmengen, die beim Bohren auf Trinkwasser durch Zufall damals erschlossen wurden, waren bald darauf durch Unvorsichtigkeit in Brand geraten. Die mit weit hörbarem Gebrause und hellem Feuerschein aus dem Bohrloch mit zirka 40 Atmosphären Druck entströmenden Gase hatten Neuengamme in wenigen Tagen berühmt gemacht. Nach mehreren vergeblichen Versuchen war es leider erst nach Monaten gelungen, die Flamme zu löschen und das Bohrrohr zu verschließen, um die einen Heizwert von zirka 9000 Kalorien besitzenden Gase für Hamburg nutzbringend verwenden zu können. Nach dem Ergebnis fortlaufender Messungen hat die Gasquelle unseren Gaswerken in den ersten Jahren täglich zirka 200 000 Kubikmeter an Gas geliefert. Leider ist der Gasdruck in den letzten Jahren sehr stark, bis auf 0,5 Atmosphären, gefallen und das tägliche Gasquantum auf 20 000 Kubikmeter zurückgegangen.

Die Annahme liegt nahe, daß die durch die Bohrung erschlossene, gasführende Erdschic

Weinbrand Cognac
Marke „Goldstück"

Jacob Stück Nachfolger Hanau a/M
Cognacbrennereien

Emma Herrmann
Walter Loos
Verlobte.
Hamburg, Billbrook,
3. August 1919.

Das frohe Fest der silbernen Hochzeit feiern am 5. August 1919 unsere lieben Eltern
Carl Schumann u. Frau Elisabeth, geb. Grüneberg.
Hambg., Löwenstr. 63, III.
Die Kinder.

Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Hamburg.
Abteil. Weinküfer.

Nachruf
für die während des Krieges gefallenen und gestorbenen Kollegen:

Heinrich Gädchens
Georg Grother
Otto Grimsmann
Paul Hillmer
Carl Mebius
Carl Meißner
Erich Muskett
Carl Nilsch
Heinrich Penzel
Paul Rabeler
Hermann Scheffler
Emil Schirmer
Theodor Schreiber
Waldemar Sommer
Friedrich Tendt
Friedr. Windelberg

Ehre ihrem Andenken!

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter
Marie Marx,
geb. **Baguhl,**
im 52. Lebensjahre nach langen qualvollen Leiden sanft entschlafen ist.
In tiefer Trauer **Hermann Marx, Hermann Torbahn** und Frau, geb. **Marx**, nebst **Sohn, Olga Marx** nebst Verlobten **Wilhelm Baguhl.**
Beerdigung: Dienstag, den 5. August, mittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des alten Marien-Krankenhauses nach dem Ohlsdorfer Friedhof, Kapelle 9.

Sozialdemokrat. Verein für das Hamburger Staatsgebiet
Distr. **Rotenburgsort.**

Todesanzeige.
Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß die Genossin
Marx
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Beerdigung: Dienstag nachm. 2 Uhr in Ohlsdorf. Um rege Beteiligung ersucht
Die Distriktsleitung.

Am Donnerstag, den 31. Juli, verstarb nach kurzem Leiden unsere liebe Tochter und Schwester
Bertha Krohn.
In tiefer Trauer
A. Krohn u. Frau,
J. Krohn u. Frau,
E. Höppner
u. Geschwister.
Die Beerdigung findet Montag, 4. August, nachm. 2 Uhr, vom Eppendorfer Krankenhaus aus statt.

Am 1. August entschlief nach langer Krankheit unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante
Auguste Ebert Wwe.
geb. **Lippert**
im Alter von 79 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Beerdigung: Montag, den 4. August, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Abickesstr. 74, pt.

Gesangverein „Herwegh-Vorwärts"

Todes-Anzeige.
Am 31. Juli starb unerwartet unser langjähriges, treues Mitglied
J. H. Robert Wahlstedt
infolge eines Herzschlages.
Der Verein verliert in dem Verstorbenen einen braven, allzeit im Dienste des Vereins gestandenen Sangesgenossen.
Ehre seinem Andenken!
Bestattung: Dienstag, nachm. 4 Uhr, in Ohlsdorf von Kapelle 2 aus.
Die Sänger werden ersucht, sich rechtzeitig dort einzustellen.
Der Vorstand.

Handelsgesellschaft „Produktion"

Am 30. Juli starb nach langer Krankheit unsere Verkäuferin, Fräulein
Ida Seehase.
Wir verlieren in ihr eine fleißige und treue Angestellte, der wir ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Die Geschäftsleitung.

Danksagung.
Für die innige Teilnahme u. überreiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, sage ich allen Verwandten u. Bekannten, ganz besonders seinen Kollegen der Vulkan-Werft, d. Metallarb.-Verband, d. Sozialdemokrat. Partei, dem Altonaer Männerquartett, dem Schwer- und Leichtathletik-Verband von Norddeutschland und seinen angegliederten Vereinen, dem Sportverein „Roland" v. 1887, dem Musikklub „Freiheit" und dem Ruderklub „Freiheit" sowie Herrn C. Wiebe und Herrn H. Lenecke für die trostreichen Worte u. schöne Ausführung meinen tiefgefühlten Dank.
Frau F. Caspari und Kinder.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzspende bei der Beerdigung mein. lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, sowie der Firma Rud. O. Meyer, den Kollegen der Firma Rud. O. Meyer, den Kollegen vom Bau Museum für Hamburg. Geschichte, allen Nachbarn, sowie Herrn Liebscher für die trostreichen Worte am Grabe meinen herzlichsten Dank.
Rosa Gross und Sohn.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die überaus reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten u. Bekannten innigen Dank. Insbesondere den Vereinigten Bootsvermietern von der Alster, der Sozialdemokratischen Partei, Distrikt Neustadt 10, und den Bewohnern d. „Produktion", Mühlenkamp, auch Herrn C. Meyer für die mühevolle Ausstattung unseren innigsten Dank.
Frau D. Hamann und Kinder.

Sarg-Magazin H. Rixen u. Sohn
Eimsb. Ch. 22 Nordset 4765
Eigene Sargtischlerei.

Danksagung.
Für die Beweise inniger Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sage allen Bekannten herzlichen Dank, insbesondere dem Herrn Pastor für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen sowie den Kollegen vom Kübeldepot und Herrn A. Weidner für die schöne Ausstattung innigen Dank.
Witwe Arend u. Kinder.

Danksagung!
Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich **allen** Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
Frau **Emilie Straubel** und Sohn.

Grabmonumente
C. Rohse, Ohlsdorf, Fuhlsbüttelsers r.
Felsen in allen Graniten.
Denksteine in gr. Auswahl.

Trauerhüte
in großer Auswahl
Louis Gantz,
Hamburgerstrasse 168.
Trauerhutfabrik.
Telephon: Alster 5118.

Adolf Simon
Behandlung von Nerven- u. Gemütsleiden, nervös. Herz-, Magen-, Kopfleid., Zittern 2c. mit **Suggestion** und **Magnetismus.**
Altona, Kl. Gärtnerstr. 167, b. Holstenbahnh. Sprechz. 4-8 U.

Braut-Schleier
abgepaßt u. meterweise in großer Auswahl.
Robinsohn,
Neuerwall 25—33.

Trauer-
Kleider, Jackenkl., Blusen, Röcke, Unterröcke, Hüte, Schleier, Trauerflore etc.
Auswahlsendung sofort.
Teleph. Hansa 1021, 1022, 1023.
Robinsohn
Neuerwall 25/33

Von der Reise zurück
Dentist G. Heinrich,
Schnelsen, Hamburgerstr. 38.

Zur Erwerbsgründung
5000 chem.-techn. Rezepte, M. 10, 1000 chemisch-techn. Rezepte, M. 6, zus. M. 15. Beide Werke von Chemikern I. Ranges. Geg. Nachnahme **L. Schwarz & Co.,** Verlagsbuchhandlung, **Berlin FA 14**-Annenstr. 24.

Verordnung
betr. Maßnahmen zur Durchführung von Notstandsarbeiten.

Auf Grund der mir gemäß § 4 der Verordnung über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (R.-G.-Bl. S 1292) durch die Landeszentralbehörde übertragenen besonderen Befugnisse ordne ich hiermit an, was folgt:

§ 1.

In den Fällen, in denen die Enteignung von Grundeigentum oder von Rechten an Grundeigentum erforderlich wird, um durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, insbesondere durch Vornahme von Notstandsarbeiten, der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, ist der Demobilmachungskommissar befugt, die erforderlichen Enteignungen gegen angemessene Entschädigung vorzunehmen.

§ 2.

Vor der Enteignung ist den von ihr Betroffenen Gelegenheit zur Aeußerung zu geben.

§ 3.

Die Enteignung erfolgt ohne besonderes Verfahren durch formlosen Bescheid an den Eigentümer unter Beifügung einer Flächenbescheinigung des Vermessungsbureaus. In dem Bescheid ist anzugeben, zu wessen Gunsten die Enteignung stattfindet und welche Entschädigung gezahlt wird.

Die Enteignung wird mit der Zustellung des Enteignungsbescheides an den Eigentümer wirksam.

§ 4.

Bei der Festsetzung der Entschädigung dürfen Wertsteigerungen, die auf die außerordentlichen Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden.

§ 5.

Gegen die Festsetzung der Entschädigung kann jeder Beteiligte innerhalb eines Monats, nachdem sie ihm zugestellt ist, die Entscheidung des ordentlichen Gerichtes anrufen. Im übrigen ist der Bescheid des Demobilmachungskommissars unanfechtbar.

§ 6.

Zur Bereitstellung des für den im § 1 genannten Zweck erforderlichen Geländes kann der Demobilmachungskommissar an Stelle der Enteignung eine Zwangspachtung für die Dauer bis zu 30 Jahren gegen Zahlung eines angemessenen Pachtzinses aussprechen. Er setzt in diesem Falle mangels Einigung der Beteiligung einen Pachtvertrag fest.

Die Vorschriften der §§ 2—5 gelten entsprechend; an die Stelle der Entschädigung tritt der Pachtzins. Der Pachtvertrag gilt mit der Zustellung an den Eigentümer als geschlossen.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Demobilmachungskommissar.

Hamburg, den 2. August 1919.

Der Demobilmachungskommissar:
gez. Schramm, Dr.

Bekanntmachung,
betreffend
die Verkaufszeit in den Bäckereien und Konditoreien an Sonn- und Festtagen.

Auf Grund des § 105 e der Gewerbeordnung wird die Verkaufszeit für die in der Stadt Altona ansässigen Bäckereien und Konditoreien, sowie diejenigen Brothändler, die sich ausschließlich mit dem Verkauf von Backware befassen, an den Sonn- und Feiertagen mit Einschluß des ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages auf die Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags festgesetzt.

Altona, den 2. August 1919.

Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung
über Abgabe von Kartoffeln.

In der Woche vom 2. bis 8. August 1919 (Woche 21) kann auf den Abschnitt k der allgemeinen Kartoffelkarte und der Kartoffelkarte für Militärurlauber ein Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden.

Hamburg, den 2. August 1919.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung
über Freigabe des Inlandshandels mit Fischen und Fischwaren.

Nachdem der Reichskommissar für Fischversorgung sämtliche von ihm erlassenen Verordnungen, die die **Inlands**bewirtschaftung von Fischen und Fischwaren betreffen, zum 4. August 1919 außer Kraft gesetzt hat, werden hiermit auch die sämtlichen vom Hamburgischen Kriegsversorgungsamt erlassenen Verordnungen, welche die Fischversorgung betreffen, einschließlich die Höchstpreisverordnungen für Fische, zum 4. August 1919 aufgehoben.

Die vom Reiche erlassenen Verordnungen über die Regelung der **Einfuhr** von Fischen und Fischwaren aus dem Auslande sind unverändert aufrecht erhalten.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung,
betreffend
Wiederherstellung abhanden gekommener Strafakten.

Bei den Unruhen am 25. Juni 1919 sind im Strafjustizgebäude zahlreiche Akten verzichtet worden oder sonst daraus abhanden gekommen. Bedauerlicherweise ist dadurch in vielen Fällen die Fortsetzung von Strafverfolgung, insbesondere in Strafsachen wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, wegen übermäßiger Preissteigerung, Lebensmittelwuchers, Höchstpreisüberschreitungen sowie wegen Einbruchdiebstahls, Plünderung usw., unmöglich geworden oder aufs äußerste erschwert. Wegen des dringenden öffentlichen Interesses, das an der Wiederherstellung der Akten besteht, werden alle diejenigen, welche vor Ausbruch der Unruhen Anzeigen wegen strafbarer Handlungen erstattet oder sonstige darauf bezügliche Mitteilungen gemacht hatten, hierdurch aufgefordert, diese Anzeigen oder Mitteilungen — tunlichst unter Angabe der Beweismittel — bei der Staatsanwaltschaft oder bei der Polizeibehörde mündlich oder schriftlich zu wiederholen.

Hamburg, den 1. August 1919.

Die Senatskommission für die Justizverwaltung.

Bekanntmachung
über
Freigabe des Inlandshandels mit Fischen und Fischwaren.

Nachdem der Herr Reichskommissar für Fischversorgung sämtliche von ihm erlassenen Verordnungen, die die Inlands bewirtschaftung von Fischen und Fischwaren betreffen, zum 4. August 1919 außer Kraft gesetzt hat werden hiermit auch die sämtlichen vom Magistrat Altona, Lebensmittelamt, erlassenen Verordnungen, die die Fischversorgung betreffen, einschließlich die Höchstpreisverordnungen für Fische zum 4. August 1919 aufgehoben.

Die vom Reiche erlassenen Verordnungen über die Regelung der Einfuhr von Fischen und Fischwaren aus dem Auslande sind unverändert aufrecht erhalten.

Altona, den 2. August 1919.

Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die von uns unterm 30. Juli 1919 veröffentlichten Höchstpreise über Frühgemüse bis auf weiteres ihre Gültigkeit behalten.

Zuwiderhandlungen werden verfolgt.

Altona, den 2. August 1919.

Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung,
betreffend
Ausgabe von amerikanischem Schweinepökelfleisch (Speck).

Wegen Ausbleibens der Zufuhren an amerikanischem Schweinepökelfleisch (Speck) kann in der Woche vom 2. bis 8. August 1919 solches nicht zur Ausgabe gelangen.

Altona, den 2. August 1919.

Der Magistrat. Lebensmittelamt.

Richtpreise für im freien Verkehr befindlichen Bienenhonig.

Auf Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten wird der Richtpreis für Bienenhonig, der dem freien Verkehr überlassen bleibt, im Stadtkreise Wandsbeck auf M. 6 das Pfund festgesetzt.

Bei Forderung höherer Preise wird eine Untersuchung wegen Preiswuchers eingeleitet werden.

Wandsbeck, den 2. August 1919.

Der Magistrat.

Freigabe des Inlandshandels mit Fischen und Fischwaren.

Nachdem der Reichskommissar für Fischversorgung sämtliche von ihm erlassenen Verordnungen, die die **Inlands**bewirtschaftung von Fischen und Fischwaren betreffen, zum 4. August 1919 außer Kraft gesetzt hat, werden hiermit auch die sämtlichen von uns erlassenen Verordnungen, welche die Fischversorgung betreffen, sowie die Höchstpreisverordnungen für Fische zum 4. August 1919 aufgehoben.

Die vom Reiche erlassenen Verordnungen über die Regelung der **Einfuhr** von Fischen und Fischwaren aus dem Auslande sind unverändert aufrecht erhalten.

Wandsbeck, den 2. August 1919.

Der Magistrat.

Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands für Hamburg und Umgegend.

Laut Beschluß der Versammlung der **streikenden Kameraden** vom 2. August, welche den zwischen dem Vorstand und dem Baugewerbeverband zu Hamburg getroffenen Vereinbarungen zustimmten, **wird die Arbeit am Montag, 4. August, wieder aufgenommen.**

Der Vorstand.

Achtung!

Die Unternehmer der Mühlen-Industrie haben den Schiedsspruch angenommen.
In der Hamburger Reismühle ist die Arbeit wieder aufgenommen.
Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen.
Verband der Maschinisten und Heizer.

Zentralverband der Hausangestellten
Ortsgruppe Hamburg.

Montag, den 4. August, abends 7½ Uhr, in der Aula des Lyzeums in **Altona**

Oeffentliche Versammlung aller Hausangestellten

Köchinnen, Kleinmädchen, Kindermädchen, Tagmädchen, sowie alle Wasch- und Reinmachefrauen.

Auch die Reinmachefrauen der staatlichen Betriebe und sonstiger Kontorhäuser sind eingeladen.
Referentin: Zentralvorsitzende Frau **Luise Kähler**, Berlin. Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 6. August,
findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, vormittags 10 Uhr, eine

Versammlung
aller erwerbslosen technischen und kaufmännischen Angestellten statt.

Tagesordnung:
1. Abbau der Erwerbslosenunterstützung und wir.
2. Bericht der Delegierten über die Verhandlungen beim Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsamt in Berlin.
   a) Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.
   b) Notstandsarbeiten.
   c) Abänderung der Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen.
3. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind geladen: Vertreter des Hamburger Senats, des Demobilmachungsausschusses, des Hamburger Arbeitsamtes, des Bürgerschaftsausschusses für Erwerbslose und der technischen und kaufmännischen Verbände.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Hamburg I.

Donnerstag, den 7. August, abends 7 Uhr:

Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Beschlußfassung über das Reglement betr. Einführung des Delegiertensystems zur ordentlichen Generalversammlung.

Branche:
Roll-, Speditions- und Blockwagenkutscher.

Freitag, den 8. August, abends 7 Uhr:

Versammlung
im Gewerkschaftshaus, großer Saal.

Tagesordnung: Bericht über die Tarifverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß.

Mitgliedsbuch ist in den Versammlungen vorzuzeigen Kontrollkarte allein genügt nicht als Ausweis.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Hamburg und Umgegend.
Sektion Erd- u. Planarbeiter.

Versammlung am Dienstag, 5. August, abends 7½ Uhr,
im großen Saale oben, Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sommer-Vergnügen.

Unsere Zahlstelle Harburg a. d. Elbe ladet alle Mitglieder des Bezirksvereins zu ihrem Sommer-Vergnügen am Sonntag, 10. August, freundlichst ein.

Aufstellung des Festzuges Mittags 1½ Uhr auf dem Schwarzenberg (Schützenpark). Abmarsch 2 Uhr.

Am Bahnhof und an der Landungsbrücke in Harburg sind Kollegen, welche die auswärtigen Besucher empfangen werden.

Festlokal ist unser „Volkswohl".

Allen Mitgliedern sei der Besuch dieses Vergnügens empfohlen.

Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Hamburg-Altona-Wandsbeck.

Verbandsmitglieder!

Heute, Sonntag, den 3. August, findet die **Wahl der Delegierten** zum Verbandstag in Nürnberg statt. **Wahlzeit** von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags in den auf den Laufzetteln bekanntgegebenen Wahllokalen.

Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte mitbringen, **nicht vergessen!** Gilt als Legitimation und wird abgestempelt.

Stimmzettel gibt es in den Wahllokalen. Jedes Mitglied kann nach Belieben eines der Wahllokale aufsuchen. Zu wählen sind insgesamt **15** Delegierte.

Verbandsmitglieder, erfüllt vollzählig Eure Wahlpflicht!

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Hamburg.

Graveure, Ziseleure, Gold- und Silberschmiede!

Dienstag, den 5. August, abends 7 Uhr:

Gruppenversammlung
bei Schulze, Lilienstr. 20.

Tagesordnung: **Unsere Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern.**

Erscheinen aller Kollegen unbedingt notwendig!
Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für das Hamburger Staatsgebiet

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 5. August, abends 8 Uhr:
Distrikt Gr.-Borstel, bei **P. Dose, Borsteler Chaussee 105.**
Tagesordnung: **Distriktsangelegenheiten.**

Distrikt Farmsen, bei **Mösing, Hauptstr. 130/131.**
Tagesordnung: 1. **Bericht vom Parteitag.** Referent: Genosse **Steinfeld.** 2. **Lebensmittel- und Kohlenversorgung in Farmsen.** 3. **Verschiedenes.**

Freitag, 8. August, abends 7½ Uhr:
Distrikt Rotenburgsort, bei **Bock, am Wasserturm.**
Tagesordnung: 1. **Vortrag über „Sozialisierung".** Referent: Genosse **Schiller.** 2. **Freie Aussprache.** 3. **Verschiedenes.**

In allen Versammlungen werden Neuaufnahmen in die Partei sowie Abonnements auf das „Echo" und die „Gleichheit" entgegengenommen.

Zahlreichen, pünktlichen Besuch erwarten

Die Distriktsleitungen.

Frauen-Mitgliederversammlung

am Freitag, 8. August, abends 7½ Uhr:
Distrikt Uhlenhorst, in der Aula der Oberrealschule Averhoffstraße.
Tagesordnung: 1. **Fürsorge für Mutter und Kind nach der Revolution.** Referentin: Genossin **Wierzbitzki.** 2. **Freie Aussprache.** 3. **Verschiedenes.**

Musik. — Gesang. — Rezitation.

Neuaufnahmen von Genossinnen sowie Abonnements auf die „Gleichheit" und das „Hamburger Echo" werden am Saaleingang entgegengenommen.

Zahlreichen, pünktlichen Besuch erwartet

Der weibliche Distriktsausschuß.

Hamburg-Altonaer Kur- u. Badeanstalten
„Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht"

Hamburg-St. Pauli	ALTONA	Hamburg-St. Georg
Altonaerstrasse 19	Grosse Bergstr. 255	Böckmannstr. 40.

In den gut und modern eingerichteten Badeanstalten werden die Behandlungen und Bäder an Damen und Herren in sachgemässer Ausführung zu niedrigen Preisen verabfolgt. Es werden gegeben:
Wannenbäder, elektrische Lichtbäder und Bestrahlungen, elektrische Wasserbäder, Elektrisieren, Dampf- und Heissluftbäder, Fichtennadel-, Loh-, Lohtannin-, Moor-, Sol-, Seesalz-, Soda-, Kohlensäure- und Schwefelbäder sowie sonstige Bäder aller Art. Ferner Fango-, Moor- u. alle verschied. Packungen. Hand- und Vibrations-Massagen.

Verordnungen der Herren Aerzte über Behandlung und Zubereitung der Bäder aller Art werden in vorschriftsmässiger Weise ausgeführt.

Die Verordnungen für Mitglieder der Krankenkassen werden für Rechnung der betreffenden Kasse ausgeführt.

Prospekte an der Kasse gratis erhältlich.

Geöffnet:
Werktags von 9 bis 7½ Uhr.
Sonntags von 8 bis 11½ Uhr.

Gebr. Zigarrenkisten, Form., sow. starke Lagerkartons für Bahn- u. Postversand geeignet, wegen Umzug zu verk. Brennerstraße 15.

Arbeitsmarkt

Tag- oder Monatsplätterin gesucht. **J. Storjohann,** Schnelsen, Heitlohstraße 78.

Ges. 2 Tagplätterinnen für d. ganze Wch. **J. Winterberg,** Bramfeld, Anderseitsallee 57.

Tüchtiger **Blechspanner** für sofort gesucht. **Martin Jessen,** Viktoriastr. 25, Hammerbrook.

Vermietungen

Möbliertes Balkonzimmer zu verm. Woche M. 5. **Grundel,** Horn, Hermannstal 43, II.

Tapezierer polstert Sofas, Bettr. i. u. a. d. Hause. Gute Zut., reelle Arbeit. **Strauss,** Eckernförderstr. 40.